nationale für die Interessen der russischen Wirtschaft, — die eine kapitalistische werden mußte durch das Ausbleiben der proletarischen Revolution in Deutschland, in Westeuropa — eingespannt werden.

Genossen der KPD.! Als Revolutionäre, die ihr den Kommunismus wollt, kommt ihr um diese Erkenntnis nicht herum. Aneignen könnt ihr euch diese Erkenntnis nur, wenn ihr kritisch und unerbittlich die Probleme der proletarischen Revolution aufrollt und betrachtet. Bei Ausscheidung jeder Gefühlsduselei, jeder Voreingenommenheit gegen das Programm der Revolution, der Kommunistischen Arbeiter-Partei, werdet ihr erkennen müssen, daß ihr in die Reihen des erkenntnisreichen revolutionären Proletariats, in die Reihen der KAPD. gehört.

Haarmann

Die Haarmänner. — Die Menschenfleischfabrik der Staatsstützen. — Das Amtsgeheimnis der Noske-Polizei.

Auf der Anklagebank sitzt die symbolisierte kapitalistische Gesellschaftsordnung. Haarmann personifiziert den Kapitalismus, die gesellschaftliche Auswirkung seines Produktionssystems.

Wer ist Haarmann? Das Einzelindividuum Haarmann?

Als Kind schon übergab ihn der Vater der Polizei als Irrsinniger. Später stellte er eine ganze Reihe Strafanträge gegen ihn. In der Irrenanstalt Hildesheim wurde schon 1895 Irrsinn bei ihm festgestellt. Unabhängig davon, bei Begehung eines Verbrechens, wurde Haarmann im gleichen Jahre von der hannoverschen Polizei dem Irrenhaus Hannover wegen gemeingefährlicher Geisteskrankheit zugeführt. Später wurde er — ohne Wissen der obigen Vorgänge — durch ärztliches Attest wegen Irrsinn zu 80 Prozent arbeitsunfähig erklärt. Vom Militär wird er wegen Schwachsinn vorzeitig entlassen. Von demselben preußischen Militarismus, dem notorische Schwachsinnige die „besten Soldaten" waren; dessen degenerierte und demoralisierten Junkersöhne die „Erstklassigen" waren, bei denen der Mensch erst anfing; dessen „oberster Kriegsherr" als Dreiviertelidiot weltbekannt war. Dieses traditionelle Gottesgnadentum verbannte den komplett irrsinnigen Haarmann aus seinen Reihen wegen Unbrauchbarkeit! Bei etwa 30 Kollisionen mit der bürgerlichen Ordnung wird ihm der Irrsinn vom Gericht immer wieder von neuem bestätigt. Bei 15 verbüßten Strafen wird ihm Geisteskrankheit attestiert.

Dieser Haarmann ist Spitzel der hannoverschen Polizei, deren Chef Herr Sozialdemokrat Noske ist!

Derselbe Herr Noske, der in Kiel die Revolution „machte".

Dieser selbe Herr Noske sitzt im Gerichtssaal. Selbstverständlich nicht neben Haarmann als Angeklagter, sondern in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident. Denn die bürgerliche Ordnung kann sich nicht selbst anklagen.

Schon 1919 war Herr Haarmann wegen Mordes angeklagt. Die Polizei in Hannover suchte Tatsachenbeweise und Indizien. Haarmann wurde mangels Beweise freigesprochen. Er leistete der Polizei des Noske „gelegentliche Dienste", wie das Gericht jetzt feststellt.

Als schützende Fassade (?) betrieb Herr Haarmann einen Laden. Dahinter ist ein Zimmer, in dem „so viel gehackt und geklopft" wird. Polizeilich ist er als Kaufmann gemeldet. Dieses Kaufmann setzt die Journalie in Gänsefüßchen, - sie empfindet, daß sie mit angeklagt ist. Aus diesem Laden kaufen viele Proletarierfrauen Fleisch, das „so merkwürdig" aussah. Sie kauften es, „weil es nur halb so teuer war wie Pferdefleisch". Die Knochen, losgelöst vom Fleisch, und zerkleinert, waren „so merkwürdig weiß". Bei der Frau Engel hat Herr Haarmann noch ein Zimmer. Als Kaufmann, als Ladenbesitzer, Fleisch- und Kleiderhändler (!) versteht sich das. In der Umgebung der Haarmannschen Privatwohnung war die Bevölkerung sehr erregt über das Treiben in seinem Zimmer. „Es wurde so viel gehackt und geklopft, man wußte nicht was da vorging". Im Publikum war es bekannt, „daß Anzeigen keinen Zweck haben, weil Haarmann bei der Polizei gut angeschrieben" war. Klempnermeister Lommers hat trotzdem alle Wahrnehmungen m e h r e r e n Kriminalschutzleuten mitgeteilt. Man versprach ihm, zu untersuchen. Gehört hat er nichts mehr von seiner Anzeige. Wie Herr Haarmann behauptet, betrieb er auch zusammen mit dem Polizeikommissar a. D. Olfermann, ein Detektivinstitut. Diesem Olfermann erzählte der Kriminalkommissar Müller, daß Haarmann im Verdacht stehe, junge Leute beseitigt zu haben. Die Zimmerwirtin des Herrn Haarmann erzählte der Polizei, daß ihr Zimmerherr mit Fleisch handele, das so billig sei und so „merkwürdig" aussehe, und die Knochen so „merkwürdig weiß". Daß sie ihn niemals mit Fleisch kommen sehe, sondern nur mit jungen Leuten. Daß sie ihn aber sehr oft mit Fleischpaketen und mit Kleidern weggehen sehe. Er koche in ihrer Küche Sülze und mache Wurst von dem „so merkwürdig" aussehenden Fleisch. Dann hämmere und hacke er so viel in seinem Zimmer. Sie fragte die Polizei, ob denn mit Herrn Haarmann „alles richtig" sei.

Das ist Amtsgeheimnis der Polizei

wurde ihr erwidert! Zwei Mädchen erstatteten der Polizei Anzeige wegen Fleischfundes. Ein Polizeikommissar, dem Haarmann Spitzeldienste leistete, unterschlug die Anzeige! — Endlich mußte diese Polizei bei ihrem „Viglanten" Haussuchung halten. Haarmann hatte gerade „einen erledigt", um seinen Fleisch- und Kleiderbestand aufzufüllen. „Der Kopf lag in einem Packen im Ofen, die haussuchende Polizei fand ihn nicht", (!) erklärt grinsend Herr Haarmann dem Gericht. „Haarmann hat nie Belohnungen von der Polizei erhalten", stellt das Gericht fest!

Das ist Haarmann!

Das ist die demokratische Polizei mit ihrem sozialdemokratischen Polizei- und Regierungspräsidenten!

Das ist die Justiz der untergehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Die bürgerliche Pestbeule ist wieder an einer Stelle geplatzt. Man kann dieser Ordnung bis ins Innere sehen. Den Stützen dieser Ordnung geht der Sinn dafür ab, was im hannoverschen Schwurgerichtssaal vorgeht. Sie heucheln nicht. Denn ihnen scheint das alles natürlich. Der Kriminalkommissar, der gegen Haarmann die Untersuchung führte, hat — aus der bürgerlichen Perspektive gesehen — Recht, wenn er sagt: „Haarmann ist in gewissem Sinne gutmütig". Gewiß ist er das. Denn 27 Morde gesteht er ein. Das Gericht nimmt 30 als erwiesen an. Weitere 30 sind noch nicht geklärt. Die Zahl der „abhanden" gekommenen junge Leute ist Legion. Damit die Stadt nicht in Aufruhr geriet, damit die Bevölkerung nicht selbst eingriff, wurden die Schlachtmenschen nicht nur in Hannover gesucht. Der Markt war der Bahnhof des deutschen Eisenbahnzentralknotenpunktes Hannover. Wir können mit dem Gericht in Hannover hinsichtlich der Einschätzung der Wahrheitsliebe des Haarmann diesmal einig gehen. Das Gericht glaubt ihm, daß er nichts von Politik versteht. Es zieht daraus die Schlüsse, daß er deshalb auch nicht politischer Spitzel gewesen sein könne. Haarmann erzählte, daß er von der Polizei mit der Ueberwachung des Bahnhofs beauftragt gewesen sei, mit der Ueberwachung der obdachlosen jungen Leute. Wir glauben ihm dies. Der „Wiederaufbau" des Kapitalismus bedingt es, daß Haarmannsche Schlachtobjekte, obdachlose junge Proletarier in Hülle und Fülle dort ankamen. Er nahm sie gleich in Rudeln mit nach seiner Wohnung. Damit es nicht auffiel, wenn einer oder einige weniger weggingen. Haarmann hatte kostenlose Auswahl und deshalb billige Nahrungsmittel. Er bewirtete seine Gäste mit Sülze und Wurst und Fleisch, das „so merkwürdig aussah". Haarmann war nicht nur deshalb ein Wohltäter. Er war nicht nur eine nützliche Staatsstütze, weil er der Polizei des Noske „gelegentliche" Dienste leistete. Er nahm dem Staat auch die Bürde ab, die obdachlosen jungen Proletarier in Gefängnissen füttern zu müssen. Haarmann war auch eine Stütze der Demokratie. Er beseitigte überflüssige Fresser und trug damit bei zur Behebung der Hungersnot.

Warum beschützte die hannoversche Polizei den Haarmann? Einzelne Beamte, höhere wie untergeordnete taten es bestimmt, wie selbst das Gericht nicht umhin kann, festzustellen. Die Oeffentlichkeit der Verhandlung wurde oft ausgeschlossen. Ob es da geklärt wurde, wird wohl nicht bekannt werden. Was hat die Polizei eigentlich bei Haarmann gesehen, als sie bei ihm haussuchte? Den „Kopf im Ofen" sah sie nicht. Die blutgetränkte Matratze (Haarmann biß seine Opfer im Bett tot), die Fleischhackmaschine (!) aus dem Fußboden ausgebrochene blutgetränkte Planken, welche Gegenstände alle dem Gericht vorliegen, alles dies sah die Polizei nicht. Revolutionäre Proletarier haben solche Polizei noch nicht bei Haussuchungen gehabt. Nicht nur der Ofen, sondern das Klosett, jeder Winkel, jede Ecke, Nachttöpfe und Bücher, jeder Wisch, nichts ist, was den Ordnungsstützen entgeht. Die Haarmannschen Akten wiesen aber eine Reihe Mordverdachte auf, daß er im Verdachte stehe, junge Leute verschwinden zu lassen". Man fand eben nichts, obwohl das kleine Zimmer fast als Schlächterladen eingerichtet war. Obwohl selbst die Bevölkerung der angrenzenden Häuser erregt war über das Treiben. Obwohl man der Polizei sagte, daß Haarmann von seinem Komplizen Mörder tituliert wird.

Warum ist das Gericht so bestrebt, bei jeder Kleinigkeit immer wieder „festzustellen", daß Haarmann der Polizei nur „gelegentliche Dienste" leistete? Daß Haarmann von der Polizei „keine Belohnung" bekam? Sind im Sinne dieses Gerichts nur Fünfgroschenstücke „Belohnung"? Brauchte Haarmann von dieser Polizei papierne oder messingne Belohnung?

Man braucht den einzelnen Beamten nicht gleich als Komplizen des Haarmann halten. Auch den Noske nicht. Die ersteren sind zu klein, der letztere erhaben. Das System, die bürgerliche Ordnung bringt das so mit sich. Deshalb können alle diese Beamte ehrbare Männer und gute Stützen dieser Ordnung sein. Diese Ordnung ist so faul und verpestet, daß Haarmann durchaus als ihr Symbol gelten kann.

Die Journalie, die andere eiternde Pestbeule an diesem Gesellschaftskörper, kann ihre Mitschuld an der Haarmännerei auch nicht verbergen unter ihren unschuldtriefenden bombastischen Zeitungsüberschriften wie „Untier", „Bluthund", „Massenmörder". Diese Preßhuren passen in das System Haarmann, dessen Hefepilze sie sind.

Die großen weisheitstrotzenden Gelehrten, die Doktoren und Professoren mit den großen Brillen und dicken Aktenbänden, die gleich in Rudeln da sind, sehen in Haarmann das „düstere Rätsel der Menschennatur". In dem Studienobjekt Haarmann, in dem „verkommenen Menschen" und „Verbrecher" suchen sie nach der Ursache der „bodenlosen Gemeinheit". Die gesellschaftlichen Triebkräfte dieser Unebenheiten der bürgerlichen Ordnung, die in dem kapitalistischen Produktionssystem ihre Wurzel haben, sieht niemand.

In Grans, dem Teilhaber der Haarmannschen Fabrik, sind die Ursachen deutlicher kenntlich, weile seine Laufbahn eine kürzere ist, weil er noch jung ist. Als Kaufmanns-Lehrling wird er dem Strafrichter übergeben, weil er sich an der Portokasse vergriffen hat. Aus dem Gefängnis in die preußische „Freiheit" verstoßen, ist der „Verbrecher" fertig. Wiederholt wird er bestraft wegen kleiner Diebstähle, die er beging, um seinen Hunger zu stillen. Mittellos, abgerissen, verhungert, begegnet er dem Haarmann auf dem Bahnhof, der zu seinem „Wohltäter" wird. Grans, intelligenter und scharfblickender als der Idiot Haarmann, erkennt sofort dessen wunden Punkt und schwache Seiten. Hier fand er eine wenig riskante Erwerbsquelle. Und er nützte sie, er zog Haarmann aus nach Strich und Faden, hatte Liebschaften, spielte den Kavalier. Das „Mörder", das er seinen Kompagnon an den Kopf schleuderte, brachte die Quelle immer wieder zum laufen. Dies waren die „guten Eigenschaften" des Haarmann, weil er sich seiner Aussauger nicht erwehren konnte.

Der eine, schon im Mutterleibe geistig und körperlich verkrüppelt, mit Kaffee und Kartoffeln ernährt, auf der Straße groß geworden, während die Eltern in Fron waren. Der andere, schon aus gesellschaftlichen Ursachen Schwächliche, vom Portokassendefraudant bis zum Menschenfleischfabrikant, eine kurze, klare übersehbare Wegstrecke in der Profitordnung. —

Inzwischen sind Haarmann und Grans zum Tode verurteilt worden. Wir kommen auf den Ausgang des Prozesses noch zurück.

An die Leser der K.A.Z.

Die nächste Nummer der KAZ. fällt aus. Dafür erscheint noch vor Weihnachten der

Proletarier Nr. 2

Der Proletarier Nr. 2 erscheint mit reichem Inhalt und in verstärkter Seitenzahl

zum Preis von 30 Pf.

Genossen! Macht rege Propaganda für den Proletarier.

Rheinland-Westfalen

Mitgliederversammlung des Unterbezirks Elberfeld.

Am Sonntag, den 14. Dezember, fand in Elberfeld eine Mitgliederversammlung des Unterbezirks statt, die von Genossen aus Elberfeld, Barmen, Ronsdorf und Velbert besucht war. Dieselbe befaßte sich mit den Aufgaben und der Rolle der Partei in der heutigen Zeit, um eine Aktivisierung der revolutionären Arbeit zu erreichen. Nach einer Schilderung der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Lage, sowie des Standes der revolutionären Bewegung ging der Referent auf die Aufgaben und die Rolle der Partei in der heutigen Zeit des ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Druckes und des gleichzeitigen Zurückflutens der revolutionären Welle ein. Das Proletariat bedarf in der heutigen Zeit mehr denn je der Führung durch eine feste, entschlossene, kommunistische Organisation. Dieses muß eine eiserne kommunistische Kampfpartei sein, die alle ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Revolution schafft und in jeder Situation unter klarer Herausschälung der für das Proletariat und den revolutionären Kampf in Frage kommenden Momente dem Proletariat die Art seines Handelns aufzeigt und selbst auf diesem Wege vorangeht. In der jetzigen Zeit der revolutionären Passivität der Arbeiterschaft, des vollkommenen Verebbens der revolutionären Welle, bedeutet allein schon die Aufrechterhaltung einer kompromisslosen revolutionären Partei eine revolutionäre Tat. Die Partei muß es verstehen, auch in einer solchen Situation die revolutionäre Propaganda unter die Massen zu tragen, selbst um den Preis, daß „organisatorische" Erfolge in absehbarer Zeit nicht zu erzielen sind. Das Zurückebben der revolutionären Flut ist selbstverständlich auch an den revolutionären Organisationen, die zur Zeit der revolutionären Hochflut geschaffen wurden, nicht spurlos vorübergegangen. Die von der Partei geschaffenen revolutionären Betriebsorganisationen sind fast restlos auf den Kern ihrer Gründer, der Parteigenossen, zurückgegangen. Dieses Moment muß die Partei scharf erkennen, es verstehen und die Kraft aufbringen, hieraus die Konsequenzen zu ziehen. Wird die Union nur noch von den Parteigenossen gebildet und setzt sie sich in ihrer großen Mehrheit nur aus Einzelmitgliedern zusammen, so stellt die Aufrechterhaltung eines besonderen Unions-Organisationsapparates nur eine Observation von revolutionären Kräften dar, die die Schlagkraft der revolutionären Bewegung hemmt. Das muß vermieden werden, soll der Gedanke der BO. in Zukunft noch weiter propagiert werden. Wir müssen deshalb die Union dort, wo sie nicht als BO. existiert, sondern sich nur aus Einzelmitgliedern zusammensetzt, auflösen und alle Kräfte restlos in die Partei einreihen. Die Partei muß überall mit äußerster Tatkraft für die Schaffung von B. O.'s eintreten, dort, wo möglich, auch bilden, da sie die Plattform sind, von der das Proletariat den Kampf um die Macht aufnimmt. Die noch bestehenden oder neugebildeten B. O.'s, bilden in den Orten, wo mehrere B. O.'s bestehen, einen eigenen Funktionärkörper, in Orten, wo nur eine B. O. existiert, schließt sich diese durch ihren Obmann dem Funktionärkörper der Partei an. Durch diese politische und organisatorische Umstellung werden viele Kräfte für eine ausgedehnte aktive Parteiarbeit frei, die dann durch aktive Außenarbeit und intensive Schulung eines jeden Genossen zur wahren kommunistischen Kampfpartei und Führerin der kämpfenden Arbeiter werden muß.

Dem Referat schloß sich eine Aussprache an, die eine völlige Uebereinstimmung mit dem Referat ergab. Beschlossen wurde, um alle Genossen im Bezirk Rheinland-Westfalen über die vom Unterbezirk Elberfeld vertretene Auffassung zu informieren, im Sinne des Referats in der „KAZ." mehrere Artikel zu bringen, und so eine Klärung und Aktivisierung der Partei bis zur nächsten Bezirkskonferenz zu erreichen. Die Genossen werden von dem einmütigen Willen beseelt, alle Kräfte für die zukünftige revolutionäre Arbeit einzusetzen. Für den Unterbezirk Elberfeld der KAP. wurde eine einheitliche Leitung gewählt, um ein zukünftiges Hand-in-Hand arbeiten zu erreichen. Die bisher selbständigen Gruppen Elberfeld, Barmen und Ronsdorf bilden Distrikte des Unterbezirks. Alle 14 Tage finden gemeinsame Mitgliederversammlungen statt. Nach Regelung einiger organisatorischer Fragen wurde die Mitglieder-Versammlung mit einem Appell, im Sinne des Referats zu wirken, geschlossen. An den Genossen liegt es nun, die eingeleitete Arbeit durch restlose Beteiligung und Hingabe für die revolutionäre Sache zu einer positiven zu gestalten. Wir marschieren, Genossen, nun haltet Schritt!

A n m. d. R e d.: So sehr wir den Willen zur intensivsten Parteiarbeit, der aus dem vorliegenden Bericht spricht, begrüßen, so scheint uns doch der vorgeschlagene Weg der Auflösung einzelner B. O.'s für nicht richtig. Wir werden nach Erscheinen der angedeuteten Artikel Stellung zu dieser Frage nehmen.

W i r t s c h a f t

Die Preiswelle

Obwohl auch die Preissteigerung während der erneuten „Preisabbauaktion" der Regierung nicht zum Stillstand kam, geht sie nach deren Beendigung wellenförmig aufwärts. Der Lebenshaltungskostenindex der „Industrie- und Handels-Zeitung" erfuhr in der Woche vom 6. bis 12. Dezember eine Steigerung von 120,3 auf 121,1, also um 0,7 v. H. In erster Linie war ein Steigen der Ernährungskosten festzustellen, das sich in der Berichtswoche auf 1,3 v. H. belief. Während die Preise der übrigen Gruppen im Kleinhandel noch keine nennenswerten Veränderungen aufwiesen, stiegen die Preise der Gruppe Bekleidung um 0,6 v. H.

Der Großhandelsindex des Blattes stieg in der Berichtswoche schon um 1,3 v. H. Hier kommt die Preissteigerung wieder aus den Rohstoffen. Es stiegen: Kohle und Eisen um 1,1 v. H., Textilien um 1,4 v. H., Getreide, Mehl um 0,4 v. H. und Fleisch, Fisch um 2 v. H.

Die folgenden Tabellen lassen erkennen, daß diese Preissteigerung am Weltmarkt allgemein ist.

Wochenpreisindex amerikanischer Exportwaren.

Messziffern einzelner Warengruppen (Ende 1913=100)	Wochendurchschnitt 13.-19.11.	20.-26.11.	27.11.-3.12.	4.-10.12.
1. Metalle usw.	133,08	133,56	135,07	135,05
2. Textilien	187,28	184,65	180,24	178,14
3. Getreide, Mehl	171,93	170,95	169,29	176,07
4. Fleisch, Fette	142,87	138,61	142,13	143,71
5. Kautschuk	33,78	33,89	34,73	36,90
Gesamtindex	**150,14**	**148,54**	**148,74**	**150,62**

Wochenmeßziffer für englische Großhandelspreise.

Messziffern einzelner Warengruppen (Ende 1913=100)	Wochendurchschnitt 13.-19.11.	20.-26.11.	27.11.-3.12.	4.-10.12.
1. Kohle, Eisen	156,68	162,80	159,14	159,14
2. Textilien	187,12	189,97	184,83	187,41
3. Metalle	159,37	158,94	160,57	158,89
4. Kautschuk	52,29	52,45	51,83	53,32
5. Oele	191,64	191,49	180,39	180,67
Gesamtindex	**153,91**	**155,97**	**154,29**	**154,43**

Für die deutsche Wirtschaft besteht trotzdem nicht die Möglichkeit, daß ihre Industrie in den Weltmarkt dringen kann. Denn die deutschen Preise bleiben trotzdem über dem Weltmarktniveau.

M i t t e i l u n g e n

RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Genossen der KAPD. im Bezirk Rheinland-Westfalen.

Die Bezirksleitung ist von Essen nach Elberfeld verlegt worden. Den Gruppen geht in der nächsten Woche Rundschreiben mit ausführlichem Material zu. Schon heute fordern wir alle Gruppen auf, die von der Elberfelder Mitgliederversammlung angeschnittenen Fragen nach dem Erscheinen der entsprechenden Artikel in der „KAZ." zu diskutieren.

Bis zur Herausgabe des Rundschreibens sind alle für die Partei bestimmten Briefe und Berichte an die Bezirksleitung der Union zu senden. Die Abrechnungen sind ebenfalls an den Bezirkskassierer der Union zu tätigen, der gleichzeitig für die Bezirkskasse der Partei bestimmt ist.

Genossen! Kommt voll und ganz Euren Verpflichtungen nach und geht mit aller Kraft an die Arbeit.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei

GROSS-BERLIN.

Achtung, Pressekommission und Mitarbeiter! Am Montag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, findet an bekannter Stelle eine äußerst wichtige Zusammenkunft statt, die von allen eingeladenen Genossen unbedingt besucht werden muß. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Achtung! Zeitungsobleute! Die nächste Nummer der „KAZ." erscheint am Dienstag, den 30. Dezember zur festgesetzten Zeit.

Am Dienstag, den 23. Dezember erscheint der „Proletarier" Nr. 2.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Helbig, Düsseldorf.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin SO. 17, Lange Straße 79.

5. Jahrg. Nr. 100

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Dezember 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Zerstörte Illusionen

Ist es der geschichtliche Beruf des Jahres 1925, alles wieder zu zerschlagen, was im Jahre 1924 an aufbauender Friedensarbeit geleistet worden ist? Fast möchte man es glauben, wenn man die Vorgänge betrachtet, die sich in der Frage der Räumung von Köln jetzt an der Jahreswende abspielen.

Mit dieser Jeriminade fängt der Leitartikel des „Vorwärts" vom 28. Dezember an. Ueberschrieben ist dieses Geschreibsel mit dem Notruf: Zurück zur Verständigung! Oder was sonst? Wie betrübte Lohgerber sehen die ehemaligen Kriegshetzer, die übelsten Nationalisten während des Stahlbades und jetzigen „Pazifisten" nach außen, während sie nach innen gegen das Proletariat die brutalsten Henker sind, ihre Felle wegschwimmen. Zerstört sind die Illusionen von der Räumung der Kölner Zone.

Dazu meldet WTB. vom 27. Dezember aus Paris folgendes:

„Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten. Der Sitzung wohnte auch Marschall Foch bei. Sie konnte das einstimmige Einverständnis der französischen englischen, belgischen, italienischen und japanischen Regierung in der Frage der Kölner Zone feststellen. Sie hat sich alsdann über das Verfahren geeinigt, das hinsichtlich der Notifizierung an die deutsche Regierung eingeschlagen werden soll. Die Botschafterkonferenz hat den Inhalt der Note besprochen, die die alliierten Regierungen noch vor dem 10. Januar an die deutsche Regierung schicken werden. Die Botschafterkonferenz wird am nächsten Mittwoch wieder zusammentreten, um endgültig diese Note fertig zu stellen, für die das Sekretariat der Botschafterkonferenz den Text vorbereiten soll."

Geradezu grotesk wirkt die Stellungnahme der schwarzweißroten Presse. Sie war solange gegen den Versailler Schandvertrag und steht jetzt einmütig zu seinen Bedingungen, indem sie geschlossen Vertragsbruch der Entente feststellen.

Die „DAZ." der Stinnes Erben läßt durch einen Dr. Fritz Klein, den Nachfolger von Odysseus (den merklich lange kranken Paul Lensch) feststellen, daß fast 2000 Kontrollbesuche ungehindert vor sich gegangen sind, ohne stichhaltiges Material gegen Deutschland in der Entwaffnung als Ausführung des Versailler Diktats zutage zu fördern. Ergo ist die deutsche Republik ihren Verpflichtungen nachgekommen und demnach haben auch die Siegerländer ihre Pflichten zu erfüllen und am 10. Januar 1925 die Kölner Zone zu räumen. Daß sie es nicht tun, zeigt der Beschluß der Botschafterkonferenz, auf der sich das vor Waffen starrende Frankreich unter dem Linksblöckler Herriot, der ein würdiger Nachfolger Poincarés nur sein kann, durchsetzte.

Die Nummer 50 der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" schrieb Mitte dieses Jahres: „Herriot — Poincarés gelehriger Schüler."

Es war nach der Zusammenkunft von Herriot und Macdonald dem Gewesenen, als Herriot im französischen Senat dem Senator Hubert, der der Sprecher der Kommission für auswärtige Angelegenheiten war betreffs der Fragen über die Abmachungen in Chequers folgende Antwort bezüglich der militärischen Räumung des Ruhrgebiets gab:

„Was die militärische Besetzung des Ruhrgebiets angeht, so ist in keinem Augenblick die Rede davon gewesen, die Freiheit der französischen und belgischen Regierung zu umgehen. Man müßte die Verfehlungen ins Auge fassen, die Deutschland gegenüber dem Dawes-Plan begehen könnte. Macdonald hat mir versichert, daß für den Fall, in dem Deutschland einen Ausweg suchen würde, Großbritannien als Hüter des Kontraktes sich feierlich verpflichtet, sich an die Seite der Alliierten zu halten. Wir werden die Maßregeln zu prüfen haben, die die eventuellen Verfehlungen Deutschlands feststellen sollen, aber unsere Unterhaltung sollte sich auch auf die Mitarbeit Englands bei der Aufrechterhaltung des Friedens und auf eine Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff beziehen.

Damit Europa in Frieden leben kann, muß Deutschland entwaffnet werden. Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen."

Zum Schluß betonte Herriot noch vollständige Uebereinstimmung mit Macdonald. Die damalige „Uebereinstimmung" besteht auch heute noch zwischen Frankreich und England, trotzdem heute in England nach Meinung des „Vorwärts" die Reaktion am Ruder ist, während vorher Macdonald den Fortschritt, den „reifen Marxismus" verkörperte.

Ein weltgeschichtlicher Betrug ist im Gange nach der Meinung des besagten Dr. Klein in der „DAZ." Dagegen hilft nur ein Mittel: Zusammenschluß! Eine neue Einheitsfront wie 1914 und bei Beginn des Ruhrkrieges 1923 sei notwendig. Alle Parteistreitigkeiten haben zu verschwinden gegen diesen Vertragsbruch der Entente. Es fehlt nur, daß Ek ausruft: „Ich kenne keine Parteien mehr ..." Dann wär alles wie 1914 und 1923. Nur die Waffen fehlen, doch dafür habe Deutschland eine wichtige Waffe, nämlich das Scheitern lassen der Handelsvertragsverhandlungen.

Soweit die schwarzweißrote Presse. Die schwarzrotgoldene dagegen jammert und weinert, daß alles, alles umsonst gewesen sein soll. Gegen ihren schwarzweißroten Farbenbruder schimpfen sie, daß er garkein Recht habe, vom Vertragsbruch der Entente zu reden, da sie ja selbst nie das Versailler Produkt anerkannten. Der „goldene" Bruder der Mitte weiß keinen anderen Rat als den, doch erst abwarten, wie die Begründung der Ablehnung durch die Botschafter-Konferenz lautet. Dann ließe sich doch erst ein Urteil fällen. Während der „Vorwärts" schnellstens eine große Koalition empfiehlt im Gegensatz zu Stinnes Erben, die einen Bürgerblock der „ehrlichen" nationalen Elemente haben wollen, plaudert der Beichtvater für alle belasteten Bürger Hellmuth v. Gerlach in der „Welt am Montag" vom 29. Dezember etwas aus der Schule. Er sagt folgendes:

„Es läge im höchsten Interesse Deutschlands, die militärischen Klauseln des Friedensvertrages bis auf das i-Tüpfelchen zu erfüllen. Selbst unter dem militärischen Gesichtspunkte: denn da jeder vernünftige Militär einen Krieg Deutschlands für einen Wahnsinn hält, ist es völlig sinnlos, sich nicht strikte an die uns auferlegten Verpflichtungen zu halten."

Wie weit Deutschland entwaffnet ist, werden die militärischen Stellen am besten selbst wissen. Daß das deutsche Proletariat noch lange nicht den alten Kommisgeist, den des Kadavergehorsams überwunden hat, hat am klarsten der Ruhrkrieg bewiesen.

Es heißt jetzt schon, klar zu erkennen was ist. Noch hat sich die Dollarsonne nicht „auswirken" können, noch soll erst der langsame Aufstieg — nach dem „Vorwärts" — beginnen, und schon türmen sich aus den kapitalistischen Gegensätzen die neuen Hindernisse in größerem Maßstabe denn vorher auf. Der mühsam getroffene Londoner Pakt, das Dawes-Gutachten als Zwangsversuch der internationalen Bourgeoisie, ihre krachende Profitordnung zu festigen um die Dauerkrise zu überwinden, erweist sich als Kitt ohne Bindkraft. Die Einstimmigkeit der Botschafterkonferenz ist eine Folge des Auffliegens des Völkerbundes. In neuer Aufmachung ist die alte Entente wieder entstanden zum größten Leid aller pazifistischen Spießer. Frankreich selbst traut dem Deutschen nicht und will, aus der Geschichte belehrt, durchaus sicher gehen.

Während die nationalistische deutsche Presse nach außen Vertragsbruch des Feindes feststellt, verhandeln die schwerindustriellen Kapitalshyänen und Mehrwertbestien eben mit diesen Feinden über die Bildung eines deutsch-französischen Stahltrustes.

Das revolutionäre Proletariat hat entgegen allem neu einsetzenden nationalen Rummel die Linie des internationalen Klassenkampfes aufzuzeigen. Das Proletariat muß erkennen und nach seinen vielen Erfahrungen könnte es es spielend leicht, daß alle Gegensätze der einzelnen kapitalistischen Staatengruppen sowie auch ihre letzten Endes durch das Profitsystem bedingten Vereinbarungen nur auf seinem Rücken ausgetragen und beschlossen werden.

Das neue Jahr, indem doch schon die warme Dollarsonne wirken sollte, fängt gut an. Vor dem Sylvesterabend tritt schon der Käter ein. Das revolutionäre Proletariat läßt seinen Klassenfeind nicht einen Augenblick aus dem Auge. Es tritt ohne zerstörte Illusionen über die Schwelle des alten Jahres, noch einmal kritisch den Blick zurückwerfend, wohl wissend, daß schwere Kämpfe der proletarischen Klasse vom politisch gefertigten Klassenfeind aufgezwungen werden. Es weiß, daß die proletarische Revolution ein Prozeß ist in dem das Proletariat nur siegen kann, wenn es alle alten Illusionen und liebgewordenen Traditionen über Bord wirft und sich der scharfen Waffe, der revolutionären Betriebsorganisationen bedient. Nur im Kampf um die Produktion, um die politische Macht, verkörpert in der Rätediktatur, wird sich das Proletariat selbst überwinden und seinem Klassenfeind besiegen und vernichten können.

Der Kampf der deutschen Bourgeoisie

Die deutsche Bourgeoisie führt seit dem Londoner Abkommen einen hartnäckigen Kampf gegen die Durchführung des Sachverständigengutachtens. Der Zwang zum Frieden um jeden Preis hat aufgehört. Das Ruhrgebiet ist gerettet, die Micumverträge sind gekündigt und die Auslandskredite hereingebracht. Das deutsche Kapital hat wieder freie Hand bekommen. Insbesondere haben die Auslandskredite der bestehenden Kapitalnot ein Ende bereitet und das deutsche Kapital konnte seine riesigen Warenvorräte, die es im Laufe der Ruhrbesetzung aufgestapelt hatte, langsam und ohne übermäßige Verluste abstoßen. Es hatte damit auch gleichzeitig erreicht, daß das Ententekapital seine Unabhängigkeit ihm gegenüber verlor. Die Sättigung durch Kredite und die durch den Absatz der aufgestapelten Läger wieder freie Stellung hat der deutschen Bourgeoisie wieder die Möglichkeit gegeben, den Widerstand gegen die Belastung mit Reparationszahlungen zu organisieren. Die jetzige Regierungskrise ist nur der formale Ausdruck dieses Kampfes gegen das Gutachten. Es handelt sich bei den bestehenden Gegensätzen innerhalb des deutschen Kapitals nur darum, ob es wichtiger ist, die Sabotage offen nach außen oder mit verdecktem Visier durchzuführen. Das Finanzkapital will genau so wie die Schwerindustrie und die Landwirtschaft so wenig als möglich zahlen. Es deckt ebenfalls jede Aktion, durch die die Zahlungsverpflichtung herabgesetzt werden soll. Der beste Beweis ist seine Haltung in der Frage der Bewaffnung und der Rüstung. Es denkt garnicht daran, seine Machtstellung dazu zu benutzen, um mit aller Energie diese Bestrebungen zur Aufhebung des Versailler Vertrages zu unterdrücken. Nicht nur eine stillschweigende Duldung, sondern eine bewußte Förderung dieser militärischen Organisationen erfolgt. Die ganze Schwere des Gesetzes, der ganze Machtapparat der Justiz, wird gegen die armen Schächer eingesetzt, die in ihrer pazifistischen Begeisterung gegen die Geheimorganisationen Stellung nehmen und ihre Auflösung verlangen. Die Verwendung dieser Verbände gegen die Arbeiterschaft, ihr schroffes Einsetzen im inneren Kampf hat die Sozialdemokratie zur Bildung einer Abwehrformation — des Reichsbanners Schwarz-rot-gold — veranlaßt, aber Schwarz-rot-gold ist für den Kampf gegen außen eine genau so treue Gefolgschaft der Bourgeoisie wie der Stahlhelm. Die Sozialdemokratie läßt sich ja aus Prinzip an der Liebe zum Vaterland durch niemand übertreffen. Die Einheitsfront der Bourgeoisie gegen den Versailler Vertrag ist da und zwar in der wichtigsten Frage, der der Entwaffnung. Sie zeigt sich jetzt wieder am klarsten in der Frage der Räumung der Kölner Zone. Die Frage des formalen Rechts ist dabei vollkommen gleichgültig. Der Buchstabe entscheidet nie. Er dient nur zur Verdeckung des eigentlichen Ziels. Die Verträge sind nicht da, um gehalten zu werden; sie sind nur so lange gültig, als durch sie die beiderseitigen Interessen gedeckt werden. Die Situation hat sich für das englische Kapital in den fünf Jahren ganz erheblich geändert. Es hatte gehofft, daß in dieser Zeit der Widerstand der deutschen Bourgeoisie endgültig gebrochen wäre, daß es ihm gelingen würde, die Entwaffnung des deutschen Kapitals gründlich durchzuführen. Ein derart unerhört zäher Widerstand gegen die unendlich überlegenen militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der Entente war kaum vorauszusehen. Solche Sabotagemöglichkeiten, wie sie die moderne Wirtschaft in die Hand gibt, hielt die Entente garnicht für möglich. Die moderne Geschichte kennt dafür keine Beispiele. Der Höhepunkt war der Ruhrkampf, aus dem zwar das deutsche Kapital gegenüber dem Ausland unterlag, aber dafür in unerhörter Weise seine Macht im Inland aufrichtete und

seinen Konzentrationsprozeß vollendete. Dieser Machtzuwachs ermöglichte ihm eine scharfe Politik gegen die Erfüllung. Es gelang ihm eine außerordentlich starke nationalistische Stimmung zu erzeugen, die ihm den Kampf gegen das Ententekapital erleichterte.

Der heutige Zustand der immer sich verschärfenden Sabotage gegen die Erfüllungspolitik war nur möglich durch die Einleitung des Ruhrkampfes. Die Folge der Verständigungspolitik, die Einleitung der Aera des Völkerbundes, welche sich auf dem Friedenswillen der deutschen Bourgeoisie gründete, ist vorüber. Das englische Kapital glaubte, daß sich die deutsche Bourgeoisie nunmehr „ehrlich und redlich" für die Erfüllungspolitik einsetzen würde, nachdem es sie wieder in den Sattel geholfen hatte. Es hoffte, daß es das europäische Kapital im Völkerbund unter seiner Leitung zusammenfassen könnte und so wenigstens für eine gewisse Zeit eine Stabilisierung der Verhältnisse auf dem Kontinent eintreten würde. Diese Ansicht gründete sich darauf, daß man die Durchführung geordneter Verhältnisse erst in Jahren für möglich hielt. Das Ententekapital sah sich aber in dieser Erwartung gründlich getäuscht. Es hatte nur den beweglichen Klagen der deutschen Bourgeoisie und ihren Versprechungen zu viel Glauben geschenkt. Das „Moratorium" von fünf Jahren zeigt am besten den Maßstab, den es an die deutsche Leistungsfähigkeit gelegt hat. Das Ententekapital hoffte die Früchte des Sieges im Weltkriege einige Zeit in Ruhe genießen zu können. Jetzt sieht es sich wieder zu dem Zusammenschluß gegen das deutsche Kapital gezwungen, den es vor dem Kriege für notwendig hielt. Der Völkerbund ist gesprengt und die Entente seligen Angedenkens wieder gebildet. Die deutsche Bourgeoisie merkt diesen Sieg des deutschen Gedankens schon an der Haltung der Entente in der Räumungsfrage. Das Bewußtsein, daß die deutsche Bourgeoisie noch garnicht daran denkt, den Kampf gegen den Versailler Vertrag aufzugeben, sondern daß sie mit allen Mitteln an die Stärkung ihrer eigenen Macht denkt, hat zu einer außerordentlichen Verschärfung der Lage beigetragen. Das Ententekapital will Deutschland nur verlassen, wenn es die Ueberzeugung hat, daß es vollkommen ungefährlich ist. Es glaubte durch den Knebelungsvertrag von Versailles Deutschland für immer aus der Reihe der imperialistischen Mächte auszuschalten. Das deutsche Kapital ohne militärische Machtmittel ist für die Entente ungefährlich. Es ist von ihm von allen Seiten umgekreist. Ein wirtschaftlicher Druck würde dann genügen, um das deutsche Kapital zur Pflicht zurückzurufen. Der Ruhrkampf hat dem Ententekapital gezeigt, welche ungeheure Wucht selbst im passiven Widerstand liegt und wie ungeheuer gefährlich die Lage der Okkupationsmächte zu Anfang war. Wenn der Eisenbahnerstreik einige Tage eher eingesetzt hätte, so wären die Besatzungstruppen abgeschnitten gewesen. Die Lage wäre für das Ententekapital noch ungleich schlimmer gewesen, wenn das deutsche Kapital in der Lage gewesen wäre, militärische Kräfte einzusetzen. Bei der heutigen Entwicklung der Gastechnik und der enormen Ausdehnung der chemischen Industrie ist für das Ententekapital eine scharfe militärische Kontrolle eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Frage der „Sicherheit", wie sie das französische Kapital immer von neuem formuliert, ist wieder akut geworden. Die französische Linke kehrt zu den Poincarémethoden zurück. Sie beginnt genau so wie die Nationalisten den Kampf um die Ruhr von neuem und zwar noch in einer bedeutend besseren Situation. Das englische Kapital, das früher gegen die französischen Anexionsgelüste Stellung nahm und das deutsche Kapital in seinem Kampf gegen die Ruhrbesetzung auf das Energischste unterstützte, hat seine Taktik gründlich geändert. Die Versuche des englischen Finanzkapitals Europa unter englischer Führung im Völkerbund zusammen zu fassen, sind vorläufig durch die Sabotage des deutschen Kapitals gescheitert. Die Deutsche Bourgeoisie hat sich nicht dazu verstanden, den Anschluß an das englisch-amerikanische Kapital zu vollziehen und vorläufig auf seine Selbständigkeit zu verzichten. Sie will wieder die alte Stellung erobern, ohne zu bedenken, daß sich durch den Krieg seine wirtschaftsgeographische Lage geändert hat. Früher lag der Schwerpunkt der industriellen Produktion in Mittel-Europa. Heute befindet sich Deutschland an der Peripherie. Es fehlt ihm jede Möglichkeit, die alte Lage wieder herzustellen. Es muß sämtliche Rohstoffe vom Ausland beziehen. Jeder koloniale Besitz ist ihm versagt. Es ist nur Arbeitsmaschine. Der Besitz von Kohle und Eisen ist heute nicht mehr entscheidend, sondern Petroleum und Baumwolle. Die Oelquellen sind die Betriebsstoffe, die die industrielle Produktion in Gang setzen. Eine weit wichtigere Rolle spielt aber ihr Besitz für die Rüstung, für den militärischen Machtapparat. Die moderne Verkehrstechnik ist an das Oel gebunden. Die Automobile, die Flugzeuge, die Schlacht- und Handelsflotte, die Unterseeboote, die Eisenbahnen usw. können ohne Petroleum nicht im Betrieb gehalten werden. Auf der anderen Seite ist Baumwolle unentbehrlich und die Textilindustrie wohl mit die wichtigste Versorgerin des ganzen militärischen Apparates. Die Schwer- und Fertigindustrie ist auf diese beiden Rohstoffe ungeheuer stark angewiesen. Die Versorgung mit Erz und Kohle ist in gewisser Weise auf dem Kontinent geregelt und auch zu regeln. Anders liegt dies mit Petroleum und Baumwolle. Der Kampf zwischen den Siegern geht hauptsächlich um die Verteilung dieser Rohstoffgebiete. Hier kann die deutsche Bourgeoisie nicht mitmachen. Sie muß sich darauf beschränken, ihre Machtmittel auf dem Kontinent langsam zu erweitern. Sie arbeitet in dieser Beziehung ganz bewußt, aber nicht geräuschlos genug. Daher lenkt sie immer wieder die Meute auf sich. Dieses mannbare und urdeutsche Bekennen zu seinen Absichten wird von den gewiegten Diplomaten des Finanzkapitals verworfen. Die Weibertaktik des Hintenherum ist ihnen das Ideal einer gut geführten Sabotage. Sie mahnen zur Loyalität und vertrösten die allzu Stürmischen auf die Zeit, die helfen soll.

Es ist selbstverständlich, daß sich dieser Kampf des männlichen und weiblichen Prinzips, wie er nach berühmten psychoanalytischen Vorbild genannt werden kann, in der Form der Zustimmung und Ablehnung der Erfüllungspolitik vollzieht. Es sind in Wirklichkeit nur Figuren, die sich auf derselben Linie — der Linie der Sabotage der Erfüllung — bewegen. Die Frage der Bewaffnung und Entwaffnung zeigt dies am klarsten. Die Vorbereitungen für den zukünftigen Kampf werden von beiden getroffen. Das Finanzkapital will nur die Bewaffnungsfrage etwas zurückstellen, um endlich einmal freie Hand zu bekommen und die Kontrolle aufzuheben. Es hofft, daß es dann die Zukunft so regeln kann, daß das Ententekapital keine direkte Kontrolle mehr haben kann.

Der Kampf um die Macht geht weiter. Der Imperialismus rastet nicht.

Achtung! Ortsgruppen und Einzelleser!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Bei Abonnenten, die bis zum 15. Januar die Dezember-Nummern nicht restlos bezahlt haben, erfolgt Einstellung der Lieferung!

Donnerstag, den 15. Januar 1925
Saalbau Friedrichshain
Pünktlich 7¾ Uhr

Die Lebenden den Toten

Dem Gedächtnis Liebknechts, Luxemburgs und den Tausenden anderen Revolutionsopfern gewidmet.

Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester — Berliner Schubert-Chor — Ansprache — Rezitationen.

Eintritt 1,— Mark.

Eintrittskarten bei allen Funktionären, den Zeitungs-Obleuten und in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O., Warschauerstraße 49, zu haben. — Ein Verkauf von Eintrittskarten am Abend der Veranstaltung findet nicht statt.

Genossen! Sichert Euch Eintrittskarten!

Politische Rundschau

Der Prozeß um die Abschußgebühren nach der Menschenjagd

Ein grelles Licht auf die bürgerliche Moral wirft eine Klage, die zwischen Krupp und der englischen Kanonenfabrik Vickers vor dem deutsch-englischen gemischten Schiedsgerichtshof schwebt. Die Firma Krupp, die besonders stark in Patriotismus machte, und mit Wilhelm dem Aemeronger auf gutem Fuße stand, hatte in der Vorkriegszeit einen neuen Granatzünder konstruiert, mit dem man in viel kürzerer Zeit viel mehr Menschen umbringen konnte, als mit allen bisherigen Systemen. Krupp machte damit Millionen, indem er die „deutschen" Granaten damit versah. Gleichzeitig aber trat die „deutsche" Kanonenfabrik das Patent an die Vickers-Werke auf Gewinnbeteiligung ab! Der Vertrag war so abgeschlossen, daß Vickers — neben einer Anzahlung — nur bezahlen brauchte, im Falle der V e r w e n d u n g des Zünders!!

Der Weltkrieg kam, und Vickers-Granaten mit Kruppzündern wurden Schiffsladung um Schiffsladung von England über den Aermelkanal nach Belgien geschafft. Ganze Kanonenbatterien, Wälle, Wälder, spieen Tod und Verderben mit Krupp-Zündern auf die deutsche Front. Vickers hatte ein Konto bei Krupp, Krupp hatte ein Konto bei Vickers. Da nun aber die Postverbindung zwischen Krupp und Vickers unterbrochen war, Profitmachen und Mogeln aber dasselbe ist, war Krupp auf Schätzungen angewiesen über die „Verwendung" seines Zünders durch Vickers. Je höher nun die Leichenhügel sich an der Westfront türmten, je länger und häufiger die Lazarettzüge wurden, je überfüllter die Lazarette waren, desto größer wurde das Vickers-Konto in der Krupp-Buchhalterei. Und zum Danke dafür wurde in der Krupp-Buchhalterei noch ein anderes Konto eingerichtet: „Für Kriegskrüppel und Hinterbliebene".

Bei der Villa Hügel in Essen, wo Krupp wohnte, und Krupp von Bohlen und Halbach wohnt, steht ein Denkmal, auf dem steht geschrieben: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein".

Der oben erwähnte Prozeß geht nun darum, daß Krupp glaubt, Vickers habe die Zahl der „verwendeten" Zünder zu niedrig angegeben. Krupp klagt um einen größeren Anteil an der Gebühr für das Abschießen deutscher Proletarier durch Vickers-Granaten mit Krupp-Zünder.

Bis hier ist die bürgerliche Moral erst halb beleuchtet.

Nach dem Reichsausgleichsgesetz steht ein Teil der von Vickers an Krupp zu zahlenden Lizenzgebühren der deutschen Demokratischen Republik zu. Die Ebert-Republik ist der eigentliche Prozeßführer, wie die „Industrie- und Handelszeitung" (Nr. 297) mitteilt. Die Demokratische Republik braucht Geld, um Krupp-Granaten mit Krupp-Zündern fabrizieren zu lassen. — Falls die Sklaven rebellieren sollten.

Für den primitiven proletarischen Verstand muß hier eine Erklärung gegeben werden.

Die Lizenzabgabe des Krupp an Vickers ist kein Dolchstoß. Dolchstoß machten die, die nicht mehr schießen wollten und sich weigerten, Granaten mit Kruppzündern zu drehen. Haarmann ist ein dummer Kerl — weil er es nicht so machte wie Krupp. Dann hätte die Demokratische Republik nicht einen Prozeß gegen ihn, sondern für ihn geführt.

Die bürgerliche Ordnung ist so verrottet, ihre Moral so pervers und stinkend, die Bourgeoisie so verpestet und korrumpiert, verseucht im Weltausmaß, daß sich die Feder sträubt, sie zu kennzeichnen. Wenn diese bürgerliche Moral als Norm gelten, als empfehlenswert angesehen werden soll, wenn die Anzahl der Gemordeten die Schlechtigkeit ausmacht, dann ist Haarmann immer noch ein Engel, vielleicht auch noch Wilhelm und Ludendorff.

Der Moskauer Aufstand 1905

Im Jahre 1905 donnerte in den Klang der Weihnachtsglocken vom Osten nach dem Westen die Nachricht: das Moskauer Proletariat hat sich erhoben, hat Barrikaden gebaut, zu den Waffen gegriffen und kämpft im Aufstand mit der Zarenmacht auf Leben und Tod.

Dieser Aufstand war der Abschluß eines kampfdurchtobten Jahres, der Höhepunkt der ersten Revolution des russischen Proletariats. Im Januar 1905, als den Hunderttausenden, die noch bittend, aber schon entschlossen zum Kampfe vor den Zaren traten, von der zaristischen Meute mit Eisen und Blei Geschichte gelehrt wurde, da stellte sich schon heraus, daß die Gärung in den Massen des russischen Volkes eine Revolution war. Die gellenden Todesschreie der Tausende, die am Blutsonntag von den Maschinengewehren und den Lanzen der Ulanen niedergemetzelt wurden, weckten ein gewaltiges Echo. Alle Provinzen des gewaltigen Reiches gerieten in Bewegung. Das finstere Zarenreich mit seinen Abermillionen zertretener und entmenschter Arbeiter und Bauern, wurde überflutet von einem gewaltigen Strom ökonomischer Streiks. Die Teilstreiks errangen hier und da Erfolge für die Arbeiter. Anderwärts brachen sie zusammen, weil ihre Grundlage zu schmal war. Wieder anderwärts wurde ihr Feuer von plumpen Soldatenstiefeln ausgetreten. Aber immer von neuem flammten sie auf. Sie wuchsen über den einzelnen Beruf, über die einzelne Stadt hinaus. Ihre wirtschaftlichen Ziele wurden durch politische verdrängt. Nach längeren oder kürzeren Kampfpausen setzten sie mit erhöhter Kraft ein, gestützt auf frisch gewonnene Erfahrungen. Und im Oktober mündeten sie in den Generalstreik ein, der den Zarenthron erschütterte und dem russischen Proletariat den Sieg der russischen Revolution brachte. Der Zar, der am 22. Januar, die bittenden Massen niederkartätschen ließ, mußte sich am 31. Oktober mit Bitten und Versprechungen vor derselben Masse demütigen. Für Pressefreiheit und Versammlungsrecht, Verfassung und Volksvertretung verpfändete er sein Ehrenwort.

Die Bourgeoisie, die mit Furcht und Hoffen dem Kampfe zugesehen hatte, beglückwünschte sich selbst und das Proletariat zu dem Siege und gab den Rat: Gewonnen ist die Schlacht, nun legt die Waffen nieder!

An diesem Tage sprach Trotzki vor der Petersburger Universität zu den Proletariermassen und zeigte dabei auf die Mauern. Dort hing noch neben dem Freiheitsmanifest das Plakat des Gouverneurs, des Bluthundes Trepow: „Keine blinden Schüsse abgeben, keine Patronen sparen!" „Bürger!" rief Trotzki, „unsere Kraft ist in uns selbst. Mit dem Schwerte in der Hand müssen wir die Freiheit verteidigen. Das Manifest des Zaren aber — sehet, es ist nur ein einfaches Blatt Papier. Hier ist es vor Euch, und nun ist es zerknittert in meiner Faust. Heute hat man es gegeben, und morgen wird man es wieder nehmen und in Stücke reißen, so, wie ich jetzt die papierne Freiheit vor Euren Augen in Stücke reiße!"

Trotzki hatte recht. Zwar hatte die Arbeiterklasse im Arbeiterrate ein organisatorisches Zentrum geschaffen, und jener Rat hatte in jenen Tagen faktisch die politische Gewalt. Zwar stärkte sich die revolutionäre Gewalt, des gesamten russischen Proletariats, und die Militärmacht des Zaren wurde erschüttert von Meutereien an allen Ecken und Enden. Zwar war die alte Militärmacht desorganisiert — aber während die Minister das Volk mit leeren Versprechungen abspeisten, rüsteten die Generale zum Kampf. Sie nahmen die Armee fest in ihre Hand, zogen Regimenter aus „stockigen" Provinzen in den Städten zusammen, schufen die Schwarzhunderte der Hooligans (gekaufte Lumpenproletarier). Die Polizei organisierte Progrome und provozierte Metzeleien. In Petersburg herrschte die Willkür, über Polen der Belagerungszustand. Im Dezember wurde der Arbeiterdeputiertenrat, die Seele der Revolution verhaftet.

Das alles zeigte, daß die gewaltige Anstrengung des Proletariats in den Massenstreiks zwar die alte Macht erschütterte, aber sie noch nicht stürzen konnte. Und die Sicherung aller Erfolge des Oktober hing ab von diesem Sturze. Der halbe Sieg war das Verderben, der ganze Sieg allein die Rettung. Und dieser ganze Sieg konnte nur erfochten werden im bewaffneten Kampfe, der dem Zarismus die Waffe der Armee aus der Hand schlug. Frühzeitig hatten die Arbeiter das erkannt. Schon am 27. Oktober erklärten die Petersburger Buchdrucker im Arbeiterrat: „Indem wir nur den passiven Kampf der bloßen Arbeitseinstellung als unzulänglich verachten, beschließen wir: die Armee der ausständigen Arbeitermasse in eine revolutionäre Armee zu verwandeln, das heißt, unverzüglich Kampfgruppen zu organisieren."

Der Arbeiterrat bereitete den Aufstand vor. Er klärte die Massen über seine Notwendigkeit auf, förderte die Zersetzung der Armee und bewaffnete, notdürftig zwar und unzureichend, die proletarischen Avantgarden. Im November und Dezember brachen in vielen Teilen des Reiches Aufstände aus die alle blutig niedergeschlagen wurden. Sie entsprangen nicht dem freien Entschluß der Arbeiter, sondern sie waren fast durchweg Abwehrkämpfe. Hervorgerufen durch lokale Verhältnisse, war ihre Gesamtziel die Sicherung und Vollendung der Revolution.

Ihren Höhepunkt hatten sie im Moskauer Aufstand. In der Nacht zum 23. Dezember brach er los. Wagen! war die einzige Politik der Stunde. Das ganze Kremlviertel wurde von einer einzigen Mauer von Barrikaden eingeschlossen, die Stadt im weiten Umkreis umzingelt. Fliegende Kampftruppen tauchten überall auf, brachten den zaristischen Truppen Verluste bei und verschwanden wieder. Mit Artillerie wurden die Barrikaden beschossen, ganze Straßenzüge zusammengefeuert, die Hindernisse von den Truppen genommen. Aber jeder Erfolg des Militärs erwies nur die Nutzlosigkeit der Anstrengungen, denn hinter ihnen trat der unfaßbare Feind wieder hervor aus den Schlupfwinkeln, unter der tätigen Sympathie der Volksmassen. So wogte der Kampf auf und ab, Tag und Nacht, eine volle Woche lang. Wenig nur half der Regierung die ungeheure Uebermacht. Am Ende aber zwang Munitionsmangel die revolutionären Helden zur Einstellung des Kampfes. Das neue Jahr begann mit der entscheidenden Niederlage der Revolution. — 1906 ging die Revolution unter unendlichen Leiden langsam zu Grunde. Es kam der tückische Verrat der Bourgeoisie. Es kamen die Rachefeldzüge, die Metzeleien, das Einäschern ganzer Städte. Die Standgerichte kamen, die Züge der Verbannten. Die Gefängnisse und Festungen wurden zu eng und die Galgenhaine wuchsen aus der Erde. Rußland wurde zugedeckt von der Ruhe des Kirchhofs — bis neuer Kampfesruf die Massen weckte.

In Westeuropa hatte der Moskauer Aufstand einen gewaltigen Eindruck gemacht. Aber die Bewunderung für das entschlossene Heldentum der Kämpfer wurde fast erstickt von Zweifel und Bangen. In der deutschen Sozialdemokratie war man mit mehr romantischer Begeisterung als klarem Verstehen den Ereignissen der Revolution gefolgt. Und selbst diejenigen, die sich hier vom Strom des Geschehens am weitesten tragen ließen, belehrten die russischen Genossen, sie hätten nicht zu den Waffen greifen müssen, der Aufstand sei die Kampfmethode der bürgerlichen, nicht die der proletarischen Revolution. Schon damals zeigte sich der Mangel an geschichtlicher Erfahrung und an Willen zur Macht. Der Gedanke den Sozialismus auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen griff damals bereits Platz in der deutschen Partei. Rosa Luxemburg mit nur sehr Wenigen vertrat die Kampfmethode, wie sie zum ersten Male in der russischen Revolution 1905 angewendet wurde. Sie stieß auf starken Widerstand, selbst Kautsky wandte sich damals bereits von ihr ab. So war es verständlich, daß der Dezember-Aufstand des russischen Proletariats, Weihnachten 1905, mehr romantische Begeisterung, als revolutionäres Verstehen der Ereignisse hervorrief.

Vorbereitungen zur Diktatur

Im Reichsministerium des Innern erwägt man zurzeit eine Ergänzung des Artikels 48 der Reichsverfassung. Dieser sieht ein Verordnungsrecht des Reichspräsidenten nur vor, falls eine Gefährdung von Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist. Da sich aber ergeben hat, daß die Notwendigkeit der Regelung politischer oder sozialpolitischer Fragen auch ohne Reichstagszusammentritt vorliegt, so beabsichtigt man die Fertigstellung eines Gesetzes, das über den Artikel 48 hinaus ein Verordnungsrecht gewährt, falls Reichsrat und Ueberwachungsausschuß zustimmen. Jedoch soll mit dieser Gesetzesvorlage bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages gewartet werden.

Damit würde der Reichspräsident vollständig diktatorische Vollmachten erhalten. Schon jetzt erlaubt der ominöse Artikel 48 dieser demokratischen Republik, die ganze Demokratie auf den Schutthaufen zu werfen und die militärische Diktatur wüten zu lassen, wie es das deutsche Proletariat seit dem Bestehen dieser „freiesten" Republik ja auch schon zur Genüge am eigenen Leibe verspüren konnte.

Aus diesen vorbereitenden Maßnahmen der Bourgeoisie kann ungefähr das Proletariat ermessen, welcher neuen Belastungsprobe es ausgesetzt werden soll und wird, im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaus. Im Jahre 1925 läuft bekanntlich die Amtsperiode für den „demokratischen" Präsidenten ab. Der Magdeburger Prozeß hat bewiesen, daß man IHN nicht mehr braucht. ER hat seine Schuldigkeit getan mit Artikel 48. Das Gelände ist somit sondiert, daß man jetzt seinen eigenen Mann, vom eigenen Fleisch und Blut, präsentieren kann. Verräter, Emporkömmlinge braucht wohl die bankrotte Bourgeoisie zur teilweisen Ablenkung des Proletariats von seinen ureigensten Aufgaben, aber man liebt, man achtet sie nicht. Das revolutionäre Proletariat geht nichtachtend, mit einem verächtlichen Blick an diesen Schakalen und Hyänen der Revolution vorüber, wenn sie von der offenen Konterrevolution von ihrem Thron gestürzt werden. Alle Versicherungen der Hochachtung, alle Besuche von Seiten des Bürgertums und auch der verunglückte Fackelzug werden an dem Ende nichts ändern. Dem Proletariat kann es gleichgültig sein, wer dort oben den „Herrn" markiert, ob es ein ehemaliger „Genosse" oder ein ehemaliger Ach—Ach ist. Der Kampf, der Klassenkampf, der revolutionäre umwälzende Klassenkampf des Proletariats gilt nicht einzelnen Puppen, sondern diesem System, dieser Profitordnung, in der jetzt diese Vorbereitungen getroffen werden müssen, um den letzten Versuch zu unternehmen, in den Weltmarkt durch brutalste und raffinierteste Ausbeutung, die die Ausfuhr ermöglichen soll, zu gelangen. Noch glaubt das Proletariat dem „Vorwärts", der von der gesicherten Grundlage des Wiederaufstiegs faselt. Noch ist es in Illusionen befangen. Doch durch die steigende Verelendung, verbunden mit brutalster Ausbeutung und vollständiger politischer Knebelung, die durch erweiterte Vollmachten dem neuen Reichspräsidenten innerhalb dieser formalen Demokratie leicht möglich ist, wird auch der letzte Proletarier aufgescheucht werden. Daß er dann nicht mehr für die „Demokratie" der Scheidemänner, sondern für die Diktatur des Proletariats unter dem Schlachtruf der proletarischen Revolution: Alle Macht den Räten! kämpft, dafür wird die Kommunistische Arbeiterpartei mit ganzer Kraft wirken.

Das Krebsgeschwür der S. P. D.

Mit Mühe und Not war es dem Parteivorstand der Sozialdemokratie vor der Wahl gelungen, den sächsischen Riß zu verkitten. Die Oppositionshampelmänner kuschten im Interesse der Partei. Und im Kampf um die Mandate war man sich ja auch einig. Kaum ist die Wahlkampagne vorbei, die Mandate verteilt, so gut es ging, so bricht das mit weißer Salbe verdeckte sächsische Geschwür von neuem auf. Diesmal sogar so stark, daß an eine baldige vorübergehende Beruhigung kaum zu denken ist.

Die sächsischen SPD.-Diätenschlucker haben sich nach offiziellen Meldungen getrennt und tagen in gesonderten Zimmern. Die sich radikal gebärdende sächsische Opposition hat als Fraktionsminderheit ein eigenes Fraktionszimmer beantragt und auch erhalten. Dieses bestreitet auch nicht der „Vorwärts" vom Dienstag, den 23. Dezember, während er die Spaltung der SP. in Sachsen noch abstreitet; denn der Parteivorstand hatte zum Montag, den 21. Dezember, Vertreter beider Richtungen nach Berlin zu einer Besprechung geladen. Ein vom Parteivorstand formulierter Einigungsvorschlag sollte diesen beiden prinzipienlosen „Kampf"richtungen unterbreitet werden. Was aus dieser Sache geworden ist, darüber schweigt sich der „Vorwärts" noch aus. Vielleicht ist die Pille in diesem Jahr nicht mehr zu verdauen. Ob dieselbe im neuen Jahr bekömmlicher ist?

An eine sofortige Spaltung glauben wir nicht, darin wollen wir dem „Vorwärts" schon mal beistimmen. Aber eins wissen wir, nämlich, daß dieser Streit in der SPD. sich mit den Auswirkungen des Dawes-Gutachtens, mit dem fortschreitenden Zerfall der kapitalistischen „Ordnung" vertiefen wird. Den Proletariern in der SPD. wird anstatt wärmender Dollarsonnenstrahlen der kalte, eklige Pesthauch der kapitalistischen Leichenkammern ins Gesicht wehen und wenn sie nicht schon selbst bis dahin politisch verwesende Leichen sind, werden sie auch endlich soviel aus der Geschichte, aus dem ehernen Muß des fortlaufenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft lernen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse eben nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Ihr Glaube an die Führer ist direkt „göttlich" und darum ihre Ohnmacht, die Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse, so tragisch. Solange die Proletarier sich noch um „Führer", um Personen streiten, und die wirtschaftlichen und politischen Programme aus Furcht vor geistiger Ueberanstrengung eben diesen Diätenempfängern zur Diskussion überlassen, so lange werden sie die Gefangenen dieser „roten Pfaffen", dieser Seelenverkäufer und somit die Parias dieser Gesellschaftsordnung sein. Doch was Agitation und Propaganda bei den Proletariern der Gewerkschaften und aller parlamentarischen Parteien nicht vermag, nämlich, sie aus ihrer Harmoniedusselei mit ihren „Führern" zu befreien, werden die laufenden Glieder in der Kette des niederträchtigsten Verrats und der brutalsten Gemeinheiten, zu denen die gesamte Führerbourgeoisie in der kommenden Entwicklung der Profitordnung gezwungen ist, in verschärftem Tempo nachholen.

Für uns heißt es, allezeit auf dem Posten sein, um die nötige Klärung in der proletarischen Klasse zu beschleunigen, da ohne dieselbe der Sieg des Proletariats, der Sieg des Kommunismus, ein Unding ist.

Ein Märchen

(Aus dem Englischen.)

Ein amerikanischer Trust hat jüngst in seinen Fabriken ein höchst interessantes Experiment angestellt. Er entließ seine Arbeiter und stellte an ihre Stelle gewöhnliche Affen. Die Trustmagnaten gingen dabei von der Auffassung aus, daß die Affen die mechanischen Verrichtungen ebensogut besorgen könnten wie die Menschen, daß sie zweitens viel billigere Arbeitskräfte sein würden, und daß man nie in Gefahr kommen könnte, daß sich die Affen organisieren würden.

Das Experiment ist indessen völlig mißlungen: die Affen arbeiteten nur soviel, als nach ihrer Ansicht dem Werte des Futters entsprach, das man ihnen täglich vorwarf. Zweitens gelobten sie sich gleich am ersten Tage ihrer Anstellung gegenseitige Treue, Solidarität und Unterstützung, und drittens traten sie jedem Versuch, sie auszubeuten, sie zu quälen und sie zu schikanieren, einmütig und geschlossen in so handgreiflicher Weise entgegen, daß die Vorgesetzten jeweils schleunigst Reißaus nehmen mußten. Ja, es kam am zweiten Tage bereits zu einem offenen Konflikt, da man Zweien zumutete, zwei Stunden länger zu arbeiten.

Kurzum, die Trustgesellschaft kündigte dem Affen-Lieferanten den Vertrag, und nach kurzer Zeit standen wieder Menschen an den Maschinen. Und alles ging wieder gut: die Menschen ließen sich ausbeuten, lieferten den vierfachen Arbeitsertrag für ein elendes Futter, sie blieben uneinig, und wenn einer von ihnen zum energischen Kampf mahnte, wurde er als „Aufwiegler" sofort entlassen, ohne daß die anderen Arbeiter murrten. Es wurden neue Peitschen angeschafft, die alten hatten nämlich die Affen gleich am ersten Tage ins Feuer geworfen. — — — — — — — — — — —

Eine neue Menschenfleischfabrik

Kaum, daß in Hannover die Todesurteile über Haarmann und Grans ausgesprochen waren, wurde in Münsterberg in Schlesien eine neue Menschenschlächterei entdeckt. Am Sonntag, den 21. Dezember bat ein Handwerksbursche den Stellenbesitzer Denke um eine Gabe. Dieser ersuchte ihn, in sein Haus zu kommen und ihm einen Brief zu schreiben. Während des Schreibens überfiel Denke den Handwerksburschen mit einer Spitzhacke und verwundete ihn schwer am Kopfe. Nach heftiger Gegenwehr floh der Ueberfallene und meldete den Vorfall der Polizei. Da der Stellenbesitzer als ein ruhiger Mensch galt, zweifelte die Polizei. Schließlich nahm sie Denke doch fest und lieferte ihn in das Untersuchungsgefängnis ein, wo er sich sofort erhängte. Bei der Untersuchung des Denkschen Hauses, wurden in der Scheune mehrere Kübel mit gepökeltem Fleisch gefunden, die von medizinischer Seite einwandfrei als Menschenfleisch festgestellt wurden. Ferner wurden zahlreiche Papiere von Handwerksburschen vorgefunden. Denke konnte deshalb sein Handwerk ungestört treiben, weil seine Schlachtobjekte ortsfremde Handwerksburschen waren.

Oekonomisch schreitet der Kapitalismus aus der Zivilisation der Barbarei zu. Kulturell dagegen hat er Gesellschaftsschichtungen schon bis zur Stufe der Wildheit degeneriert. Die Demokratische Republik auf der Stufe der Menschenfresser, der Australier und Polynesier! Das ist kapitalistische Kultur! Den denkenden Proletariern mag das ein Menetekel sein. Sie müssen sich aufraffen und diese eiternde Pestbeule ausbrennen mit Pech und Schwefel. Bevor der Stärkere den Schwächeren frißt. Nicht durch jesuitische Quacksalberei und sozialdemokratischen Reformismus, sondern durch den eisernen Griff mit organisierter Klassenkraft. Nur durch Eroberung der politischen Macht und der Produktionsmittel wird eine höhere Gesellschaftsform geschaffen werden.

Die „Bolschewisierung" marschiert!

Noch ist kein halbes Jahr vergangen, seit die Geistesheroen der 3. Internationale auf dem Moskauer Synonymenkongreß die Patentlösungsparole der „Bolschewisierung" ihrer „Sektionen" erfunden haben, und schon müssen wir blaß vor Neid die außerordentlichen Erfolge der „leninistischen Taktik" in Deutschland bewundern. Das sichtbare Ergebnis dieser Taktik ist das Resultat des allerletzten Volksbetrugs vom 7. Dezember, genannt Parlamentswahlen. Es ist erstaunlich und für uns sehr lehrreich, wie intuitiv die Massen im Vergleich zu den Ergebnissen der Maiwahlen die Bolschewisierungsparole der KPD. begriffen haben und „in Sektionen rechts schwenkt marsch" abgewandert sind. Das heißt von den versteckten zu den offenen Sozialfaschisten. Nur so weiter, ihr stupiden Monomanen des Leninismus, bis der letzte Mann eurer Sektion sich wieder zur Noske-Internationale zurück- anstatt zur proletarischen Rätediktatur vorwärts entwickelt hat, dann ist eure Lakaienarbeit vollbracht und ihr könnt die wohlverdienten Ruheposten in der Ausbeuterhierarchie der RKP. mit Behagen genießen.

Ueber dieses „bolschewistische" Kapitel der menschlichen Komödie könnte man ein Höllengelächter anstimmen, wenn man nicht die Proleten aufs tiefste bedauern müßte, die das Hineinfallen auf Eure Fundamentalparole „heran an die Massen" mit Leib und Leben bezahlen müssen, als Folge des durch euren Schwindel verlängerten Hungerelends. Sechs Jahre lang ist es euch verkappten sozialfaschistischen Wölfen dank eures Auftretens im kommunistischen Lammpelz gelungen, die deutschen Arbeiter an der revolutionären Erkenntnis zu verhindern, sechs Jahre seid ihr der Damm gewesen, an dem sich die Flut des revolutionären Vorwärtsdrängens bricht. Und noch immer sind die urteilslosen Proleten zahlreich, die die furchtbare Enttäuschung nicht erkennen und vorhersehen können, wohin sie das Politik genannte eigennützige Strebertum der pseudosozialdemokratischen KPD.-Bonzen führt.

Wahrlich, die „Bolschewisierung" macht Fortschritte! Bei den Maiwahlen brachte die KPD. ca. 4 Millionen Wählerstimmen zusammen, jetzt sind es nur noch etwas mehr als 2½ Millionen. Die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments als „revolutionäre Tribüne", von der man zu den Massen sprechen kann, hat sich herrlich bewährt, die „Entlarvung des Klassenfeindes im Parlament" und die „Heerschau" über die Anhängerschaft des revolutionären Stimmzettels hat eminent praktische Folgen gehabt. An den fünf Fingern kann man sich abzählen, wann mit Hilfe des „klassenbewußten" Stimmzettels die große Mehrzahl der ca. 35 Millionen „Wahlberechtigten" in Deutschland durch und durch „bolschewisiert" sind und mit der bürgerlichen Hungerordnung das bürgerliche Parlament des Volksbetrugs vernichten werden. An den fünf Fingern kann man sich abzählen, welchen hervorragenden Erfolg für die KPD.-Parolen „heran an die Massen", „zurück in die Orgeschgewerkschaften", „Einheitsfront" usw. noch haben werden. Das wirklich klassenbewußte Proletariat in Deutschland muß schaudernd zusehen, wie seine von den KPD.-Blutsaugern betrogenen Klassengenossen einer Neuauflage des Menschewismus und des Sozialimperialismus entgegen gehen muß, schaudernd zusehen, wie sie durch die Beteiligung an dem Schwindel des Parlamentarismus und des gewerkschaftlichen Kampfes um Verbesserungen ihrer Lage innerhalb des bürgerlichen Klassenstaates von einer gewissenlosen, selbstsüchtigen Führerklique auf Filzsohlen in das Lager des Klassenfeindes gedrängt werden, anstatt zur Vernichtung seiner Herrschaft. Von einer Führerklique, für die es sich dabei um höchst persönliche berufliche Existenzfragen handelt. Für politische Geschäftemacher und Schieber ist es ganz gewiß das Natürlichste von der Welt: Wenn man des revolutionären Sieges nicht s i c h e r ist und man seine Existenz als „Berufspolitiker" nicht aufs Spiel setzen will, so m u ß man eben wie die KPD.-Bonzen Maslow, Fischer, Thälmann bis zu den niederen Chargen eine Politik und Taktik wählen, die einem die Wege zur Umkehr in das Lager der offenen Revolution verschließt. Denn eines von beiden kann es nur geben: Entweder Teilforderungen oder Endziel, entweder sozialdemokratische Führer aller Schattierungen oder revolutionäres Proletariat, entweder reformistische Gewerkschaften oder revolutionäre Organisation in den Betrieben, entweder Epoche der sozialen Reform oder der Revolution. Nicht möglich aber auf die Dauer, wie die KPD.-Größen meinen, ist eine Politik und Taktik mit doppeltem Boden — ein Zwitter — die sich einrichten will — man kann ja nie wissen! — „einerseits auf eine kürzere, anderseits auf eine länger dauernde Periode der revolutionären Entwicklung". Mit dieser Formulierung haben wir ja wieder das alte sozialdemokratische Programm, die Teilung in „Teilforderung" des „Gegenwartskampfes" und in das „Endziel" der „Zukunft". Wenn tauchen nicht alte Erinnerungen auf? Würde die kapitalistische Wirtschaft imstande sein ihre heutige Weltkrise zu überwinden, so würde sich in der 3. Internationale zwischen den Berufsbonzen und den proletarischen Mitgliedern sehr bald eine Neuauflage der Auseinandersetzungen über den „Revisionismus" abrollen, mit der Parole, daß „die Bewegung der Kampf um Teilforderungen, alles, das Endziel nichts bedeutet". Die Wiederversöhnung mit der 2. Internationale der offenen Sozialimperialisten würde sehr bald geleiert werden, und das Mordgeschäft der Monarchen und ihrer Schranzen, der Generale und Minister, der Staatsanwälte und Richter, der Professoren und Oberlehrer, der Kriegsindustriellen und Lebensmittelschieber, der Valuta- und Börsenhyänen, der Pfaffenbrut und der Parlamentarier und Gewerkschaftsinstanzen, ein neuer Weltkrieg, ein neues Stahlbad kann fröhliche Urständ erleben. Wenn, ja, wenn die kapitalistische Wirtschaft imstande wäre, ihre jetzige Krise zu überwinden, d. h. die ins Gigantische gewachsenen Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften einerseits, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen anderseits noch einmal zu lösen.

Aber glücklicherweise haben die Dinge ihre eigene Logik, auch da, wo die Ebert und Noske, die Hilferding und Crispien, die Levi und Brandler, die Sinowjew und Ruth Fischer sie n i c h t haben. Und diese m a t e r i e l l e Logik der Dinge hämmert d e n Menschen, die nicht taub sind, immer wieder zweierlei ins Ohr, ein ökonomisches und ein politisches Faktum. Das ökonomische lautet: Die Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften einerseits und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen anderseits sind heute an einem Punkt angelangt, an dem die individuelle Profitwirtschaft ihrer nicht mehr Herr werden kann. Das politische lautet: Diese ökonomischen Widersprüche müssen Widersprüche der gesellschaftlichen Klassen zur Folge haben, die nur noch auf dem Wege des offenen politischen Machtkampfes, des restlosen dialektischen Auskämpfens der Klassengegensätze zu lösen ind, und nur mit dem Siege der Arbeiterklasse als Träger der kommunistischen Bedarfswirtschaft enden können. Das restlose Auskämpfen der Klassengegensätze im offenen politischen Machtkampf führt zum vollkommenen Verschwinden des der hinter uns liegenden „Epoche der sozialen Reform" angehörenden, die Arbeiterklasse von ihrem Klassenziel ablenkenden und zur Burgfriedensideologie führenden Kampfes um wirtschaftliche, soziale und politische Teilforderungen, die zu bewilligen oder nicht zu bewilligen in der Macht des Klassenfeindes stand. Führt mithin infolge der der materiellen Entwicklung inne wohnenden Logik zum Verschwinden der Gewerkschaften, diesem Reservoir der Sozialdemokratie und damit zum Verschwinden der SP. und KP. selbst.

Und warum das alles? Weil von etwa 1800 Millionen die Erde bevölkernden Menschen nur etwa ein Drittel eine auf dem Weltmarkt als Warenabnehmer ins Gewicht fallende Rolle spielen, weil von diesen etwa 600 Mill. Menschen ca. 400 Mill. ihre Vorkriegskaufkraft infolge des vollständigen oder teilweisen Zusammenbruchs der einzelnen nationalen Währungen eingebüßt haben, mit anderen Worten als Ganzes genommen vollständig verarmt sind, weil die Absatzbasis und Absatzmöglichkeit im Weltmaßstabe dadurch eine außerordentlich verringerte geworden ist, weil bei den Methoden, die die Nutznießer der privaten Profitwirtschaft zur Erhaltung dieser Wirtschaft anzuwenden gezwungen sind, nämlich die äußerste Ausnutzung der proletarischen Arbeitskraft bei gleichzeitiger äußerster Herabdrückung des materiellen proletarischen Existenzminimums, weil aus allen diesen Gründen zusammen eine A r b e i t s l o s i g k e i t von nie gekanntem Umfang eintreten muß, und diese Arbeitslosigkeit in den Ländern zunächst, deren Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt am geringsten ist und die gleichzeitig auf den Warenabsatz außerhalb ihrer Landesgrenzen angewiesen sind, infolge der der Profitwirtschaft innewohnenden Gesetze immer größer werden, zur Unmöglichkeit der Absatzkonkurrenz auf dem Weltmarkt und schließlich zum völligen Erliegen jeder Produktion führen muß.

Kampf, brutalster Kampf der Klassen um die Selbsterhaltung lautet also die Losung der materiellen Entwicklung. Für die Arbeiterklasse lautet sie Kampf mit Mitteln, Methoden und Organisationen, die unabhängig sind von dem Machtwillen und den Machtinstrumenten des Klassenfeindes. In diesem Kampf bleibt kein Atom übrig von dem „friedlichen" Klassenkampf der Sozialdemokratie um Teilforderungen, kein Atom von dem „revolutionären Parlamentarismus" und der „Eroberung der Gewerkschaften" der Kapedisten. Die materielle Dialektik widerlegt und zerstört unerbittlich die grotesken Irrtümer der SP. und KP., die die Lösung der der Arbeiterklasse von der Geschichte gestellten Aufgaben im Gegensatz zur marxistischen Grundauffassung auf dem Wege der „ideologischen" Entwicklung allein vergebens suchen, o h n e B e r ü c k s i c h t i g u n g d e r A u s w i r k u n g d e r m a t e r i e l l e n K r ä f t e.

Ohne den Kompaß der marxistischen Dialektik, auf bloßes Raten und Glauben angewiesen, „visierten" die Imbecillen des Moskauer Bolschewisierungskongresses auch noch die — wer biegt sich nicht vor Lachen — „demokratisch-pazifistische" Aera!! — Das klassenbewußte Proletariat kann wirklich nur bedauern, daß es nicht möglich ist, derartig schwachsinnige politische Roßtäuscher mit Hilfe des § 51 unschädlich zu machen. Es ist zum Brüllen: Fast überall, wohin wir blicken, befindet sich die kapitalistische Wirtschaft und Politik infolge der unlösbaren ökonomischen Krise in der verzweifelten Notlage, auf die demokratische und pazifistische Maske und Kulisse Stück für Stück Verzicht leisten und sich demaskieren zu müssen. In Deutschlands Fluren drängen die Grandseigneurs des Profits stürmisch darauf, das Versteckenspielen und die weiteren Versuche, die Klassengegensätze zu vertuschen, endlich aufzugeben, um mit Hilfe der unverschleierten Diktatur des „Bürgerblocks" die Reproduktion des Mehrwerts zu sichern, und diesem Moskauer Konzil von Schwachköpfen geruht gnädigst, die „demokratisch-pazifistische Aera" zu „visieren!" Allerdings, wenn man nicht weiß, daß d i e s e oder k e i n e die Todeskrise der kapitalistischen Wirtschaft ist, der Arbeiterklasse mit Hilfe der Demokratie, des Pazifismus und der Bewilligung von „Teilforderungen" weiter Sand in die Augen streut, wenn man mit einem Wort gesagt nicht weiß, daß die „Epoche der sozialen Reform", die das Opium der Arbeiterklasse und die Ursache ihrer Burgfriedensideologie war, der Vergangenheit angehört, nicht weiß, daß wir in der Aera der proletarischen Revolution leben, wenn man das alles nicht weiß, dann weiß man selbstredend auch

nicht, wie man dann die Revolution organisieren und strategisch durchführen soll.

Wie der Volksbetrug des 7. Dezember beweist, ist es mit der „Bolschewisierung" also Essig. Die KPD. wird sich mitsamt der 3. Internationale nach einer neuen Schwindelparole umsehen müssen, um ihre Schäfchen an der Kandare zu halten. Je schwankender aber die Eintagserfolge der KPD. sind, umso sicherer ist das durch eine harte Schule gegangene wirklich klassenbewußte Proletariat der KAP. und AAU., daß die Voraussetzung zur Organisierung der Revolution nicht der Zusammenhang mit den noch schlafenden reformistisch eingestellten Massen ist. Deren „Schwerfälligkeit" und Phlegma gegenüber sind realere Mittel von Nöten, als bloße Ueberredungskünste von vorgeschrittenen Klassengenossen. Die Proletarier, die sich heute noch von Parlamentariern und Gewerkschaftsinstanzen ausbeuten lassen, werden erst dann aus ihrer Narkose und zum Klassenbewußtsein erwachen, wenn bei gleichzeitigem rücksichtslosem Abbau ihrer „erworbenen Rechte" durch den ganz offen feindlich auftretenden Klassenfeind ein Heer von Arbeitslosen, die „industrielle Reservearmee", ihnen das Hirnverbrannte der Ladenhüter einer vergangenen Epoche, „Mehrlohn" und „kürzere Arbeitszeit", ad oculos demonstriert. Dann erst beginnt die Situation „objektiv revolutionär" zu werden, dann erst werden die Proleten in Scharen aus den Gewerkschaften laufen, die sozialdemokratischen Bonzen und ihre letzte Zelle innerhalb der erwachenden Arbeiterschaft, die Pseudobrandlers der linken KPD.-Bonzen — diese allergefährlichsten Betrüger — stäupen, und sich auf der festen revolutionären Grundlage der antiparlamentarischen Partei der KA und der antigesetzlichen Organisationen der AAU. in breiter Einheitsfront zusammenschließen. Sicherer und klarer wie je liefert die dialektische Entwicklung den Beweis, daß diese die einzige Organisierung der Revolution ist, die wirklich hieb- und stichfest ist, im Gegensatz zu der „Desorganisation" der „Eroberung der Gewerkschaften", die in dem brutalen Selbsterhaltungskampf der Klassen zum Untergang verurteilt sind mit dem Untergang des vom Klassenfeind geduldeten Zwecks, zu dem sie geschaffen waren, und weil sie im Bereich des Herrschaftsinstrumentes des Klassenfeindes liegen. Wenn die proletarische Revolution siegen soll, dann müssen die Gewerkschaften zu Grunde gehen. Gehen sie nicht zu Grunde, dann bleiben sie das Kräftereservoir der offenen Sozialfaschisten. Eines von beiden kan es nur geben, das ist die unerbittliche Logik der materiellen Entwicklung.

Die proletarische Revolution ist also unlösbar mit dem Verschwinden der Gewerkschaften und damit der Sozialdemokraten aller Schattierungen verknüpft. Das klassenbewußte Proletariat muß aber wissen, daß diese antirevolutionären Kräfte nicht mit einem Schlage, sondern auf dem Wege eines fortschreitenden revolutionären Entwicklungsprozesses zu Grunde gehen, im selben Maße, wie die offen feindliche Haltung des Klassenfeindes die Proletarier von ihren bisherigen Illusionen des Kampfes um „Teilforderungen" wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur befreit und sie zum Selbst- und Klassenbewußtsein erweckt. In demselben Maße vollzieht sich auch die Loslösung der zum wirklichen Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter von den noch burgfriedlich benebelten Massen und nur auf dem Wege dieser vorübergehenden Loslösung vollzieht sich auch die Organisation der Revolution, fern von der „revolutionären Tribüne" des bürgerlichen Parlaments und den klassenfeindlichen Gewerkschaften, fern von allen für den revolutionären Kampf illusionären gesetzlichen Einrichtungen der bürgerlichen Ordnung.

Nochmals Haarmann

Ein Produkt der Profitordnung. Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft.

Das Gewissen der bürgerlichen Ordnung ist wieder intakt. Die Bourgeoisie hat Haarmann erledigt. Den Schluß des hannoverschen Dramas, das hier aus Tragödie und Komödie zugleich besteht, müssen wir hier wiedergeben:

„Der Angeklagte Händler Fritz Haarmann wird wegen Mordes in 24 Fällen 24 Mal zum Tode verurteilt.

Der Angeklagte Kaufmannn Hans Grans wird wegen Anstiftung zum Morde in einem Falle zum Tode und wegen Beihilfe zum Mord in einem anderen Falle zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beiden Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte dauernd abgesprochen."

Das Gericht spricht bei der Urteilsbegründung wenigstens nicht in Satyre. Es läßt den beiden Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft ihren bürgerlichen Beruf ohne Gänsefüßchen. Mit der Verkündung des Urteils aber rücken die Vertreter der Haarmannschen Gesellschaftsordnung von deren Produkten ab! Sie sprechen dadurch aus, daß Haarmann und Grans bis zu dieser Stunde die Ehrenrechte des Bürgertums hatten. Haarmann ist sicher ein besser Psychologe als seine Verurteiler. Er spricht den die Verhandlung führenden Vorsitzenden des Gerichts jovial und vertraulich mit „Du" an. Haarmann scheint zu wissen, daß er und seine Richter Folge und Voraussetzung derselben Ursachen sind. Deshalb fühlt er sich nach wie vor Glied ihrer Gesellschaftsordnung und im Besitz ihrer „Ehrenrechte".

Der Kapitalismus kann selbstverständlich nicht ohne die Todesstrafe herrschen. Sei es, daß er sie durch die Guillotine, den Strang, oder nach dem System Noske ausübt. Die Länder, die die Todesstrafe durch Gesetz abschafften, mußten alle wieder zu ihr zurückkehren. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bedingt diese Strafe notwendig. Die Privatwirtschaftsordnung züchtet sich ebenso notwendig immer wieder die Objekte ihrer Justiz. Eine sehr große Frage ist es nur, wessen bürgerliches Ehrgefühl ausgeprägter ist, das des Haarmann oder das des Durchschnitts der herrschenden Bourgeoisie. Wer aber die Normen der Demokratie des Plato verneint, muß dieser Bourgeoisie das sittliche Recht absprechen, einem Haarmann das Leben zu nehmen. Die „Ordnung", in deren Interesse er beseitigt werden soll, ist die Urheberin des Haarmann, seiner Taten und seines Irrsinns. Wie die Eigentumsverbrecher zum Schutze des Privateigentums in Gefängnissen bewahrt werden, so könnte Haarmann höchstens in einem Verrücktenhaus untergebracht werden. Denn letztenendes beseitigt die Bourgeoisie den Haarmann nicht, um die jungen Proletarier zu schützen. Die Unfallstatistiken beweisen, daß die Profitnotwendigkeit weit mehr Proletarier durch Betriebsunfälle um die Ecke gebracht hat, als die blutigsten Kriege. Und die Zahl derjenigen, die umgebracht wurden weil sie gegen die kapitalistische Ordnung rebellierten, ist gewiß nicht gering. Der personifizierte Typus der herrschenden Demokratie, der Vorgesetzte des Haarmann, Herr Noske allein bedeutet Bände. Schließlich sind die durch die Kriege Gemordeten im Profitinteresse beseitigt. Letztenendes ist es immer wieder das Privateigentum, die Profitordnung, in deren Interesse man den Haarmann verschwinden läßt. Als abschreckendes Beispiel. Morden darf eben nur die Bourgeoisie, das ist der Kern der Sache, nicht, daß ein untergeordneter Polizist wie Haarmann verschwindet.

Auch dafür wurde in Hannover gleich der Beweis erbracht. Es war von vornherein sicher, daß Haarmann lebenslänglich abgesondert, oder zum Tode verurteilt werden würde. Trotzdem hatte er ein großes Polizeiaufgebot zu seinem persönlichen Schutze. Das Schutzkommando wurde noch verstärkt, als das Todesurteil gegen Haarmann ausgesprochen war. Der sensationslüsterne perverse bürgerliche Mob, demselben Boden entsprossen wie Haarmann, der zu seinem Sinneskitzel scharenweise der Gerichtsverhandlung beiwohnte, hatte nämlich gedroht, die Henkerarbeit gleich im Gerichtssaal zu erledigen. Solange Haarmann ohne direktes Schutzkommando in aller Oeffentlichkeit seine Menschenfleischfabrik betrieb, beschwerten sich diese feigen preußischen Kreaturen nur, oder unterließen es auch, weil sie annahmen oder wußten, daß er bei der Polizei „gut angeschrieben" war. Der Mut kam erst, als der Haarmann gefesselt war. Die hannoverschen Lazzaroni bekamen eine Berserkerwut, als sie die grünen Litewken und die Gummiknüppel zwischen sich und dem Polizeispitzel wußten.

Die Wut gegen das „Untier" Haarmann hat tief bis in die Reihen der Proletarier hinein Wurzel geschlagen. Auch Proletarier, die noch nicht als gänzlich verblödet anzusprechen sind, sind mehr gegen das Produkt Haarmann eingestellt, als gegen dessen kapitalistischen Mutterboden. Alle jene, denen die materialistische Geschichtsforschung ein Buch mit sieben Siegeln ist, verneinen ohne weiteres, daß die „Haarmannsche Krankheit" eine direkte Folge der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. Aber auch hierfür wurde durch ein Gericht der Demokratischen Republik in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres der Beweis geliefert. Nicht „zufällig" ist das Beweisobjekt ebenfalls (aber unstreitbar) eine demokratische Ordnungsstütze,

der Schupowachtmeister Gerth.

Schupowachtmeister Gerth verübte bekanntlich den doppelten Lustmord an Frau Hoffmann und deren Mutter.

Welches ist der Mutterboden auf dem die Haarman und Gerth und alle Kriminalverbrecher wurden? Wie waren die sozialen Lebensbedingungen darauf gestaltet?

Wir brauchen nicht die Jetztzeit oder die Kriegszeit zu unserer Beweisführung, wo der verendende Kapitalismus seine Sklaven nicht mehr ernähren kann. Diese Zeiten ließen sich höchstens für die jüngere Generation heranziehen. Die alten „Verbrecher" wurden in der „guten alten Zeit", als der „gesunde" Kapitalismus in seiner Maienblüte stand.

Lassen wir dies wiederum die Bourgeoisie beweisen: in den Zeiten der Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit wurden in Deutschland jährlich bis zu 200 000 Menschen wegen Betteln bestraft. Fünfundsiebenzig Prozent aller im jugendlichen Alter Bestraften hatten im schulpflichtigen Alter Lohnarbeit verrichtet. Fünfundsiebenzig Prozent aller erstmalig mit Zuchthaus Bestraften hatten ein Einkommen unter 900 Mark jährlich. (Prof. Dellbrücks Preußische Jahrbücher, Jahrgang 1913 oder 1914.) Nach der amtlichen Wohnungsstatistik vom Jahre 1905 zählte man in Berlin und 29 Vororten:

36 567	Einzimmerwohnungen	mit	5	Bewohnern
18 571	"	"	6	"
8 393	"	"	7	"
3 485	"	"	8	"
1 281	"	"	9	"
588	"	"	10 u. mehr	Bewohn.
3 296	Zweizimmerwohnungen	mit	9	"
1 331	"	"	10	"
703	"	"	11	"

„Es gab demnach in Groß-Berlin im Jahre 1905: 74 224 in einem höheren Grade übervölkerte Ein- und Zweizimmerwohnungen mit insgesamt 449 703 Bewohnern." Eberstadt berichtet aus Berlin: „Insgesamt umfaßte die Unterstufe der Wohnungen, die nur ein heizbares Zimmer haben (1905) 788 809 Bewohner." Es wohnten von der Gesamtbevölkerung 1905 in Berlin in Wohnungen (C. v. Tyszka, Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Jena 192):

mit keinem heizbaren Zimmer	0,69 Proz.
mit 1 heizbaren Zimmer	41,00 Proz.
mit 2 heizbaren Zimmern	33,77 Proz.
mit 3, 4 und mehr heizbaren Zimmern	12,00 Proz.

In Breslau, Chemnitz, Königsberg, Lübeck, von wo uns aus dieser Zeit amtliches statistisches Material vorliegt, lagen die Verhältnisse z. T. noch schlimmer. In Oberschlesien, Rheinland-Westfalen, Sachsen waren Wohnungs- und sonstiges soziales Elend, wie wir dies aus persönlicher Erfahrung wissen, noch viel, viel grauenhafter. Unter diesen „Wohnungen", soweit sie als „heizbar" bezeichnet werden, ist noch nicht verstanden, daß deren Bewohner auch Kohlen zum Heizen hatten. Tausenden arbeitslosen Proletariern wurde das Gas abgeschnitten. Es ist nur zu erklärlich, daß fehlende Kochgelegenheit, Heizung und Licht durch Alkohol, durch zweifelhaften nerven- und sinnenzerstörenden Fusel ersetzt wird. Unter den hunderttausenden Bewohnern der zehntausende „Wohnungen" mit 5—11 Insassen pro „Zimmer", waren Zehntausende Schlafburschen. Tausende, die durch diese Verhältnisse schon den Grad der Haarmann und Gerth erreicht hatten. Zehntausende die dem ständigen Arbeitslosenheer angehörten, der kapitalistischen Reservearmee, die Folge und Voraussetzung der Profitordnung ist.

Dies ist der Mutterboden, auf dem die Haarmann und Grans und Gerth und die hunderttausende „Verbrecher" wuchsen. Die heutigen Verhältnisse, die Demokratie als letzte Herrschaftsform des verfaulenden Kapitalismus (als Gesellschaftsordnung) werden selbstverständlich viel grauenhaftere und ekelerregendere Folgen zeitigen. Die Kirchen-, Kasernen- und Zuchthausbauten müssen notwendig ins Großzügige wachsen. Die Guillotine wird rastloser rasseln müssen. Die unendlichen amtlichen Statistiken von Selbstmorden aus Hunger und Verzweiflung, die langen Zahlenreihen der skrofulösen und skorbutkranken jungen Proletarier, die Polizeiberichte über in Zeitungspapier aufgefundene verhungerte Kinder, sind eine matte Andeutung des Kommenden.

Die Auflösungserscheinungen des kapitalistischen Produktionssystems, resp. seines gesellschaftlichen Ueberbaues traten nie in der Geschichte — auch in keinem der untergehenden früheren Produktionssysteme — so deutlich an die Oberfläche, als in der Gegenwart. Selbst in zweimal täglich erscheinenden Zeitungen finden wir oft in einer Nummer 4, 5 und mehr Nachrichten über Massenmorde, Vater-, Mutter-, Kindertötungen. Die Meineidsprozesse haben Dimensionen angenommen, daß gegenwärtig sogar ein Prozeß anhängig ist, der sich gegen eine berufsmäßige Meineids-„Zeugen"-Zentrale richtet. Basis sind meistens Sexualmotive, infolge Entbehrung oder Prasserei demoralisierter und degenerierter Menschen. Die Raubüberfälle werden von den Zeitungen schon in winzigkleinen Notizen gebracht, namentlich wenn die Räuber der Bourgeoisie oder dem höheren Beamtentum angehören, wie dies in den letzten Tagen in mehreren Fällen gemeldet wurde. Legion ist die Zahl der Kinderaussetzungen und Eigentumsvergehen aus Not und Entbehrung. Kriminalverbrechen, die noch vor reichlich einem Jahrzehnt unbekannt oder Seltenheiten waren, sind Alltäglichkeit. Die politischen Prozesse und politischen Morde, die Rebellionen und Staatsstreiche, die revolutionären Erhebungen und nationalen bewaffneten Zusammenstöße in allen Ecken und Enden der Welt, sind letztenendes ebenso Beweise für die tötliche Erkrankung des Wirtschaftskörpers.

Ausland

DÄNEMARK.

Frechheit der Kopenhagener diplomatischen Vertretung der finnischen „weißen Mörderrepublik".

Die Redaktion des „Dansk Handels-og Kontorneshjoelpur-Tidende", Kopenhagen, erhielt von der finnischen Gesandtschaft folgendes Schreiben:

„In Bezug auf eine Notiz in der „Dansk Handels-og Kontorneshjoelpur-Tidende" vom 1. November unter der Rubrik „Protest gegen die Verfolgungen der finnischen Vereinsleiter", in welchem von Verfolgungen der Vereine, sowohl politische als auch gewerkschaftliche gesprochen wird, dergl. um tausende von Gefangene, welche immer noch gefangen sitzen wegen Teilnahme am Aufruhr von 1918, um Gefangenhaltung auf Grund von Streiks usw., will die finnische Gesandtschaft darauf hinweisen, daß derartige Verhältnisse wie die angeführten, unbekannt und undenklich (hervorgehoben von uns) in Finnland sind. An „Revolutionsgefangenen" vom Jahre 1918 sitzen nur noch einige hundert im Gefängnis, welche mit einer einzigen Ausnahme, solche sind, welche außer am Aufruhr teilgenommen, sich grober Verbrechen, als Mord, Brandstiftung und dergl. schuldig gemacht haben. Aufforderung zum Streik ist nach den finnischen Gesetzen nicht strafbar und niemand ist hierfür bestraft worden.

Dagegen wird in Finnland, gleich wie in anderen Ländern bestraft, Tätigkeit mit dem Ziel, die gesetzliche Gesellschaftsordnung durch Anwendung unparlamentarischer Mittel und Gewalt zu vernichten, dieses vor Augen, haben in der letzten Zeit einige Personen eine Tätigkeit für die Errichtung von Kampforganisationen ausgeübt, deren Ziel war, im Anschluß an die in Moskau errichtete III. Internationale, nach Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Staatsmacht zu übernehmen.

Was die auf der Konferenz der Handelsfunktionäre in Kristiania angenommene Tagesordnung angeht, ist diese augenscheinlich veranlaßt durch irreführende Mitteilungen anwesender finnischer Kommunisten."

Hierzu äußert sich der auf der Konferenz anwesend gewesene einzige finnische Repräsentant (Sozialdemokrat E. Hellmann), wie folgt. Wir geben dieses im Auszuge wieder):

1. Für Teilnahme am Bürgerkrieg wurden zehntausende Personen verurteilt, von denen ein Teil inzwischen freigelassen, ein anderer Teil bedingt begnadigt ist. Von letzteren ist der größte Teil auf Grund reiner Willkür erneut in Haft genommen und soll den Rest der Strafe von 1918 absitzen. Unter diesen befinden sich rein politische Gefangene, wie die Abgeordneten O. Jalava und S. Heitala.

2. Von den 1918 für politische in Verbindung mit anderen Vergehen Verurteilten, wurden 500—600 gezählt, die im Zuchthause sitzen. Diese sind bereits über 6 Jahre darin.

3. Finnlands Arbeiterklasse kann diese nicht in höherem Grade als Verbrecher ansehen, als die weißen Schurken und Mörder, von denen keiner zur Verantwortung gezogen worden ist.

4. Die Regierung verfolgt die Taktik, hervortretende Arbeiter als Kommunisten zu bezeichnen, indem man diese beschuldigt, einen neuen Aufruhr herbeizuführen. Die auf dieser Grundlage Verurteilten machen die Mehrzahl der politischen Gefangenen aus, unter diesen befindet sich ein erheblicher Teil der Gewerkschaftsfunktionäre.

5. 1899 wurde die Sozialdemokratische Partei, 1920 die Kommunistische Partei mit Namen „Sozialistiska Arbetarepartien" gegründet. Diese hatte in ihrem Programm nicht die bewaffnete Revolution, wie die russische Kom. Partei und verdient darum den Spitznamen „kommunistisch" nicht. Daß trotzdem einige Mitglieder diese kommunistischen Prinzipien anerkannten und danach handelten, kann man doch kaum für verbrecherisch ansehen, denn in allen westeuropäischen Ländern haben die Kommunisten Organisationsfreiheit.

Inzwischen beschloß das Hofgericht in Abo durch Bekanntmachung vom 20. Juni d. J., die Auflösung der Partei. Durch Rundschreiben vom 20. Juni und 25. September gab das Ministerium des Innern den Behörden Ordre, die Tätigkeit aller zur Partei gehörenden Organisationen aufzuheben. Innerhalb mehrere Monate wurde durch die Behörde das Eigentum der Vereine mit Beschlag belegt, deren Lokale geschlossen, ihnen verboten, Feste, Versammlungen und andere Zusammenkünfte abzuhalten, die gesamte Tätigkeit wurde unterbunden. Dieses gilt auch für die gewerkschaftlichen Abteilungen, die Beiträge zur Partei erheben, da, wo dieses gesetzlich zulässig war. In der Stadt Kajana sind 10 gewerkschaftliche Organisationen aufgelöst. In der Stadt Kuopio verbot die Polizei dem Handels- und Kontorist-Verbande die Abhaltung ihrer Versammlung, wo die Anträge zum Verbandstag beraten werden sollten, also rein gewerkschaftliche Tätigkeit. Man hat auch Vereine, die der Sozialdemokratie angeschlossen sind, wie Sozialdem. Jugendverband, Sportverband, die im Vereinsregister eingetragen sind, verboten.

6. Die Tagespresse wußte zu melden, daß die Regierung eine Liste über Vereine ausfertigt, deren Tätigkeit verboten werden sollte. Den 10. November meldet man für Helsingfors 65, für das Amt Len 105 Vereine. Es wird gesagt, daß im ganzen Lande mehrere hundert Vereine aufgelöst sind.

7. Finnlands Organisationen haben sich beschwerdeführend an den Justizminister, an den Präsidenten der Republik und an das internationale Arbeitsamt gewandt. Es ist verständlich, daß die Unterdrückungskampagne nun etwas langsamer vor sich geht, nachdem im Auslande eine Protestbewegung eingesetzt hat; doch darum ist die Vernichtungsarbeit nicht aufgegeben. Eine Interpellation im Reichstage war erfolglos.

Zum Schluß verwahrt sich Hellmann, als Kommunist betrachtet zu werden und versichert, alle Unterdrückungs- und Gewalt-Handlungen, mögen diese von rechts oder von links kommen, zu bekämpfen.

LITAUEN

T. U. meldet Kowno, den 27. Dezember: Vor dem Kownoer Kriegsgericht waren fünf Kommunisten angeklagt, kurz nach dem Revaler Putsch in Kowno kommunistische Literatur verbreitet zu haben, worin zum Sturz der Regierung aufgefordert wurde. Vier Kommunisten wurden zum Tode verurteilt. Die fünfte Angeklagte, ein 18jähriges Mädchen, erhielt mit Rücksicht auf ihre Jugend lebenslängliches Zuchthaus.

Dazu schreibt der „Vorwärts" folgenden Kommentar:

„Selbst wenn der so rasch niedergeworfene, von Anfang an aussichtslose Revaler Putsch die litauischen Nachbarn in noch so große Angst versetzt haben sollte — wie können in einem zivilisierten Staat solche wahnsinnigen Urteile gefällt werden, die einem das Blut in den Adern erstarren lassen! Hoffentlich wird der Vollzug dieser Urteile rechtzeitig gehindert."

Dieses ekelhafte Geschmeiß zeigt zur Abwechslung mal die andere Seite seines Januskopfes und macht in Entrüstung. Doch diese Heuchelei wird sie nicht davon befreien, für ihr Tun einstmals vor den Revolutionstribunalen Rechenschaft abzulegen.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Bezirksführer! Die nächste Sitzung findet am **Dienstag**, den 6. Januar, an bekannter Stelle statt.

Achtung! Pressekommission! Die nächste Sitzung findet am **Montag**, den 5. Januar, an bekannter Stelle statt.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Helbig, Düsseldorf. Druck: Willy Iszdonat, Berlin SO. 17, Lange Straße 79.